

ter zur Anzeige zu
großziehen, aber das
intern stärken. Eine
ab, weil die Ver-
Bergbau ganz ver-
gebung sich ein Teil
Mail.)
en es, daß die Re-
Bundestrat für ein
der Vorlage im all-
zu verhindern, daß
ratischen Organisa-
tet einen schweren
nung. Es werden
berufen, die Vor-
Tatsache hat die
stliche Maßnahmen
tes großen Massen-
wäre möglich durch
(Bravo! rechts.)
form ist etwas spät
seit Jahren vorlag.
a der der Minister
Reihe von Bestim-
bedeuten. Und voll-
dners wird Wasser
finten sein. (Sehr
ach hier nicht volle
Berggehees gemacht
vorlage können wir
unächst eine reichs-
wir uns bei Vor-
le Vorlage erklären,
mständen auf. Ein
recht steht schon jetzt
gewiß mit manchem
Verabschiedung der
es ist zuzugeben,
nur ausüben wird.
n. Bedauerlich ist,
garbeiterkongress in
„Sozialen Praxis“
mokratischer Wache
ren durchaus ruhig
am zweiten Tage
nen, um den latbo-
nn Marx 04.11.19
uch nur 20 oder 10
wenn die
otwendig. Es wird
im Bericht enthalte-
n einer Gegenber-
s.). Wenn wir die
n, wie sie die Vor-
legt das an den be-
handelt sich hier um
tautenden von Ar-
betriebe, die mit
r. Dazu kommt die
gerade im Sozialen
Streiks mit ihren
iten. Die Bestim-
egelung eines Re-
kleinlich und kann
unbegreiflich ist es
das seit 10 Jahren
Ausarbeitung einer
wenn in diesem
en geregelt würde.
Einbeziehung der
ren dieses Gesetzes
die Organisa-
schwierig. Sollte
ihm gern meinen
einträumen. (Hifi.)
öffentlich worden.
einer Vorlage ver-
origens ist uns ge-
heute so liegen wie
ganz, es ist
großer Ruhe und
worden ist. Wenn
der Grubenführer
es preußischen Be-
r nicht unabhängig
b. d. Soj.) ab-
ich auf die Inter-
er Stolz. (Bravo!)
so vordringen, wie
die Mängel aus-
in anderen Län-
Seiderheitsmannes
r Seiderheitsmann
d, der aufgetört
tischkeiten. Ob die
rei gestellt werden,
gute Wille auf bei-
Herr Leinert hat
hunderts- und An-
dend verschlechtert
r dauernden Auf-
ung hin sind die
sonstigen Sachver-
die Erhebung zu find
daß, wenn man die
gerung der Unfall-
er Gesundheitsber-
hört, (Hifi!) Mein
Angaben machen.
ung der früheren
hältnisse, die auf
us Grund genauer
r vorläufig sein.
instimmig zu der
me der Krankheits-
gesundheitsanstalt
agung geleitet, daß
e beachtet werden;
ziffer die Vermeh-
bedeutenden Folgen,
zahl ausländischer
worden, die häu-
gke Lebensweise
ich leichter über-
chebliche Erhöhung
n Ursachen haben
rt. Die Zunahme
zu erklären, daß
alle früheren Halb-
ind. Uebrigens
knappheitsverhältnisse
rd.
auf Mittwoch 1 Uhr
ion.
§ 33 der Reichs-
gehen verfährt in
ag“. Wie steht's
s anzumelden.

Monatspreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 Mk. vierteljährlich 4,50 Mk.
Befehlsgeld.
Einzelnnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonntags- und
Feiertage täglich nachmittags.

Veranstaltung
Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie
für das östliche Westfalen und die lipplischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 42. Bielefeld, Freitag, 19. Februar 1909. 20. Jahrg.

Insertionspreis
für die einseitige Zeile oder
deren Raum 15 Pfg. Bei Wieder-
holungen entsprechender Rabatt.

Insertions-Annahme
bis 1/29 Uhr vormittags. Größere
Inserate müssen bis 5 Uhr abends
tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volkswacht“
A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Änderung des Organisations-Statuts der Partei.

Der Parteitag in Nürnberg hat nach dem Antrag 16 von Frankfurt a. M. eine Kommission eingesetzt, mit dem Auftrag, eine Revision des Organisations-Statuts vorzunehmen und rechtzeitig den Entwurf eines neuen Organisations-Statuts zu veröffentlichen. Der Kommission, die aus 21 Genossen aus den verschiedenen Landesteilen zusammengefasst wurde, sind auch die Anträge 13, 14, 17, 56, 122 und 129 zur Erledigung überwiesen worden.

Die Kommission hat am 11. und 12. Januar in Berlin getagt. An den Verhandlungen haben zwei Vertreter des Parteivorstandes teilgenommen. Als Resultat der sehr eingehenden Beratungen veröffentlichen wir im Auftrage der Kommission den Entwurf eines neuen Organisations-Statuts. Die Änderungen sind durch Fettdruck hervorgehoben.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Parteilichkeit.

§ 1. Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteioorganisation ist.

Gliederung.

§ 2. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreis wohnende Parteigenosse als Mitglied anzugehört hat. Umfasst ein Ort mehrere Reichstagswahlkreise, so kann die Zugehörigkeit zu den einzelnen Wahlkreisorganisationen örtlich geregelt werden. Erstreckt sich der Reichstagswahlkreis über mehrere Orte, so kann an jedem Ort ein Ortsverein des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 3. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden, sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt; diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Verbände haben ihre erfolgreiche Wahl dem Parteivorstande mitzuteilen.

§ 4. Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, müssen diesen eine Vertretung im Vorstand gewähren. Die weiblichen Vorstandsmitglieder haben im Einkommen mit dem Gesamtvorstand vornehmlich die Frauenagitation zu betreiben.

§ 5. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Der monatliche Mindestbeitrag muss jedoch für männliche Mitglieder 30 Pfg. und für weibliche Mitglieder 20 Pfg. betragen. Den weiblichen Mitgliedern ist die „Gleichheit“ namentlich zu liefern. Mindestens 20 Prozent der erhebenen Mitgliederbeiträge sind an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen über 80 Proz. dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenanwendung zu überlassen.

Berichterstattung.

§ 6. Das Geschäftsjahr für alle Parteioorganisationen läuft vom 1. Juli bis 30. Juni. Die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine haben alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Der Bericht ist nach einem vom Parteivorstand zu verlegenden Fragebogen zu geben und muss mindestens enthalten Angaben über: Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder.

Den gleichen alljährlichen Bericht in Bezug auf ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen etwa vom Parteivorstand übermiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen zu erstatten.

Parteitag.

§ 7. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach der Wahlkarte, daß in Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12000 vier, bis 18000 fünf und über 18000 sechs Delegierte zu wählen sind. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.
2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die vom Parteivorstand benannten Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteioorganisationen.

§ 8. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der Anwesenden erforderlich.

§ 9. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission den Ort zu bestimmen.

§ 10. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Verhandlung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Selbst spätestens drei Wochen vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 11. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlussfassung über die Parteioorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlussfassung über die eingebrachten Anträge.
- § 12. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf einstimmigen Beschluss des Parteivorstandes;
2. auf einstimmig gestellten Antrag der Kontrollkommission;
3. auf Antrag von mindestens 15 Vorständen der Bezirks- bzw. Landesorganisationen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrag stattzugeben, so ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstiger Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen. Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 7 und 8).

Parteivorstand.

§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorständen, einem Kassierer, dem Schriftführer und drei Beisitzern, unter denen eine Vertreterin der Genossinnen sein muß. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl der Vorstände, des Kassierers, der Schriftführer und der Vertreterin der Genossinnen erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der übrigen drei Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekannt zu machen.

§ 15. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes aus, so ist die Bilanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

§ 16. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Vergütung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 17. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch feierliche Reichsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstand oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 18. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluss des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 19. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteioorganisation. Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaten zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband bzw. der Landesorganisation ergeben.

Bei wichtigen, die Gesamtpartei berührenden Fragen hat der Parteivorstand Vertreter der Landes- bzw. Bezirksorganisationen gütlich zu hören oder zu einer Konferenz zu berufen.

Kontrollkommission.

§ 20. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Vermittlungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrollreue erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt. Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 21. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts“, Berliner Volksblatt.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

§ 22. Zur Kontrolle der prinzipiellen und tatsächlichen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Bezirke eine Prehkommision, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Prehkommision entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassung im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Prehkommision entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Prehkommision in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluss.

§ 23. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer erfolglosen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluss eines Mitgliedes erfolgen, wenn es wiederholt in bewusster Weise die Parteinteressen schädigt.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirks- bzw. Landesorganisation.

Der Antrag auf Ausschluss aus der Partei kann nur durch eine Parteioorganisation (Orts-, Wahlkreis-, Bezirks- oder Landesorganisation) gestellt werden. Mit Zustimmung des Angeklagten kann der Ausschlussantrag auch vom Vorstand der Parteioorganisation gestellt werden. Die Zustellung des Ausschlusses und dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Bezirks- bzw. Landesvorstand.

§ 24. Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirks- bzw. Landesorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand die Einlegung eines Schiedsgerichtes beantragen.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Die Hälfte der Mitglieder wählt der Angeklagte, die andere Hälfte die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeklagte angehört. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

Unterläßt es der Angeklagte, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens drei Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschieden.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand.

§ 25. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens zwei Wochen vor Stattfinden des Parteitages beim Parteivorstand eingereicht sein.

§ 26. Der Ausschluss aus der Partei in Fällen des § 26 Abs. 1 darf nur im Wege des vorstehend festgelegten Verfahrens erfolgen.

Alle Instanzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Ausschluss aus der Partei ansprechen, auf Suspendierung von Mitgliedsrechten zu erkennen und Rügen zu erteilen.

Das Recht der Organisationen, auch ohne Ausschlussantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzulegen, wird durch vorstehende Bestimmungen nicht berührt.

§ 27. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausscheidung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme.

§ 28. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Aussgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirks- bzw. Landesorganisation zu richten, bei dem das Ausschlussverfahren seinerzeit anhängig gemacht worden ist. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluss beantragt hatte, sowie die Organisation des letzten Wohnortes des Antragstellers zu hören.

Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den übrigen an den Parteivorstand gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann.

Abänderung der Organisation.

§ 29. Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden. Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 10 und 13 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten. Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

...ung seines Kontraktes oder gar den Streik mit der sofortigen
Ausweisung.

Das Exekutivkomitee der italienischen Konföderation der Ar-
beit kommentiert in seinem Wochenblatt die preussische Maß-
nahme und greift in bestiger Weise den Minister des Aeußeren,
Titoni, an, der ohne irgend eine Einsprache die unwürdige Ver-
ordnung hat in Kraft treten lassen. Aus dem Artikel seien die
folgenden Stellen wiedergegeben:

„Gegen das Proletariat Italiens, das sich weigert, den
deutschen Unternehmern weiter Streikbrecherdienste zu leisten,
die Lebensbedingungen des deutschen Proletariats zu brühen,
den Arbeiterorganisationen in den Rücken zu fallen, wendet sich
die preussische Regierung als Exekutivkomitee des deutschen Sta-
tismus und versucht das Streikbrechertum gesetzlich zu or-
ganisieren. Auf diese Weise schließt nicht nur die preussische
Regierung dem am meisten fortgeschrittenen und klassenbewußten
italienischen Proletariat die Tore, um seine Erhebung durch
frühere und elendere slawische Elemente zu erleichtern, sie
richtet auch mit einem Schlage die mühsame und kostspielige Ar-
beit von Jahren zugrunde, die die deutschen Organisationen zu-
gunsten der italienischen Auswanderer vollbracht haben, im
Einklang mit den an der Auswanderung am meisten inter-
essierten italienischen Gewerkschaften. Die Auswanderung ist
für Italien eine Notwendigkeit und das künstliche Hindernis
wird nur dazu dienen, die Feindseligkeit zwischen den deutschen
Gewerkschaften und jenen italienischen Elementen zu verschärfen,
die sich dem Unternehmertum beugen und sich zu den ihnen von
der Polizeiverordnung bei Strafe der Ausweisung auferlegten
Diensten hergeben. So wird die Gefahr blutiger Zusammen-
stöße, die sich schon ferner auf dem Horizont abzeichnete, immer
drohender und rückt immer näher heran. Außerdem wird diese
justizmäßige Verletzung der Organisation der Auswanderer
einen verhängnisvollen Einfluß auf die italienische Gewerks-
chaftsbewegung ausüben, während sie gleichzeitig die Errungen-
schaften der deutschen Organisationen bedroht. Es ist daher nötig,
daß die italienischen Gewerkschaften gegen dies infame Attentat
der preussischen Regierung protestieren und diesen neuen Verrat
unserer Sache, den der Minister des Aeußeren ruhig geschehen
ließ, der Öffentlichkeit funden.“

Die Frage der Schiffsabgaben.

Der Gesetzentwurf, der den Artikel 54 der Reichsverfassung
„authentisch auslegen“ soll, ist fertig. Damit wird die Schif-
fabgaben-Frage wieder aktuell. Nach dem „L.“ will der
Entwurf nicht nur im Wege der Reichsgesetzgebung eine Aus-
legung des Artikels 54 der Reichsverfassung im Sinne der Zu-
lässigkeit einer solchen Abgabenerhebung herbeiführen, sondern
will auch die gesetzliche Grundlage schaffen für die in den ein-
zelnen Stromgebieten zu errichtenden Zweckverbände, in denen
die Schiffsabgabeninteressen zusammengefaßt werden sollen, für
die Bildung von Strombaukassen, in die Abgaben abgeführt wer-
den sollen, um weiter für Schiffszwecke verwendet zu werden,
und für andere ähnliche Einrichtungen. Allen diesen Organi-
sationen wird das Recht der Selbstverwaltung verliehen. Der
Entwurf soll möglichst noch in dieser Session an den Reichstag
gebracht werden, doch läßt sich vorerst noch nicht absehen, ob
dieser Wunsch erfüllt werden kann, da der Entwurf zweifellos
in den Bundesratsausschüssen einer sehr gründlichen Prüfung
unterworfen werden wird.

Es besteht aber immer noch keine Gewißheit, ob sich im
Bundesrat eine Mehrheit für den Entwurf und damit für die
Schiffsabgaben finden wird. Mit der „authentischen Aus-
legung“ will man ja einer Verfassungsänderung aus dem Wege
gehen, weil 14 Stimmen von den 58 im Bundesrat genügen, um
eine Verfassungsänderung zu verhindern. Die „Kreuzzeitung“
führt denn auch schon schweres Geschütz auf, um die von den
Marariern als Mittel zur Erleichterung des Verkehrs aus Herz
gewachsenen Schiffsabgaben durchdrücken zu helfen. Sie
schreibt:

„Als der preussische Arbeitsminister vor Jahresfrist im Abge-
ordnetenhaus eine programmatische Erklärung abgab, wonach
die Staatsregierung die Abgabenerhebung unter Hintanhaltung fi-
skalischer Rücksichten und im Sinne weitestgehender Förderung
gesamtdeutscher nicht preussisch-partikularer Verkehrsinteressen
zu lösen beabsichtige, haben auch die Kontrahenten diesem Pro-
gramm Beifall gesendet, obwohl sie keineswegs verkannten, daß
es bedeutende Abweichungen von der durch § 19 des preussischen
Wasserstrahengesetzes geschaffenen ursprünglichen Verhandlungs-
grundlage aufwies. Sie waren zu diesem Opfer bereit um des
Friedens und der nationalen Interessen willen. Nun muß es
aber auch genug sein mit den Opfern und KonzeSSIONen. Wenn
die Verhandlung auf dieser Grundlage nicht zu haben ist, so
müsse die preussische Staatsregierung alle Verkehrsverbesserungen
solange sistieren, bis die Gegner sich von der Gerechtigkeit unserer
beide Seiten Forderungen in der Abgabenerhebung überzeugt haben.
Müsse die Regierung jetzt diejenige Festigkeit und Entschlossen-
heit beweisen, ohne welche weder in großen noch in kleinen Dingen
jemals etwas erreicht wird.“

Das ist echt bündlerische Brutalisierungstaktik. Die den
verkehrsbehindernden Schiffsabgaben widerstrebenden Staaten
sollen gezwungen werden, den Wünschen der Marariern zu will-
fahren, die vor allem die billigere Getreidezufuhr auf den Wasser-
wegen unterbinden wollen. Wenn die Mehrheit dafür sich nicht
findet, soll Preußen absichtlich die Wasserwege vernachlässigen
lassen, um die Widerstreben zu strafen. Geht es nicht nach
dem Willen der Marariern, dann mag die Welt zugrunde gehen!
So treiben es die Herren schon seit Jahren. Und das deutsche
Volk ist geduldi und dumm genug, diese begehrlische Sippigkeit
immer noch mit der Vertretung „seiner“ Interessen zu be-
trauen! Wie lange wird das noch dauern?

Frieden auf der Balkanhalbinsel.

Konstantinopel, 18. Febr. In eingekerkerten türkschen
Kreisen wird eine Meldung der „Neuen Freien Presse“, nach
der die Türkei eine Konvention mit Österreich zwecks Ver-
teidigung des Sandakats Konak gegen einen event. serbisch-
montenegrinischen Angriff gewilligt habe, bittig. Es wird
hierzu bemerkt, daß Österreich in seiner Erklärung gelegent-
lich der Annexion Bosniens bereits mündliche Versicherungen
an die Pforte im Sinne einer Neutralitätsstellung des Sanda-
kats gegeben hat. Die Pforte lege hohen Wert darauf, schon
zur Verhütung der Albanesen, daß diese Erklärung, als als
besondere Konvention oder Annex zum Protokoll schriftlich
fixiert werde.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

- * Bielefeld, 19. Februar.
- Achtung, Schleifer! Bielefelds Anfragen entsprechend
teilen wir mit, daß in den „Ideal“-Werken in Voladen keine
Differenzen vorliegen. Ideallöhne werden jedoch
nicht gezahlt.
- Die Ortsverwaltung des D. M. B. Bielefeld.
- Bauarbeiter Bielefelds! Am Sonnabend abend 7 Uhr
findet die Wahl der Innungsgerichts-Beisitzer im alten
Nathaus statt.
- Schachklub! Diejenigen, welche sich zur Teilnahme an
dem zu gründenden Schachklub gemeinet haben, werden ersucht,
sich am Sonntag, 21. Februar, vormittags 9½ Uhr, in „Stadt
Bielefeld“ einzufinden.
- Von der Firma Th. Mann & Co. geht uns folgendes
Schreiben zu: „An die Redaktion der „Volkswacht“, Bielefeld.
Zu Ihrem Artikel „Etwas von der gescheiterten Griftung“ geben
wir Ihnen untenstehend einen Auszug unserer Lohnliste sämt-
licher in Frage kommender Arbeiter, die seit Einführung der
Affordische sogar pro Woche mehr verdienen, wie bisher im

Lohn: Böhle 1 2 Mk., Bentlage 1,01 Mk., Tappe 1,99 Mk.,
Dietrich 1,50 Mk., Sautöter 3,77 Mk., Stach 2,10 Mk., Im-
loh 3,25 Mk., Lotte 0,51 Mk., Schmebl 1,77 Mk. und Burcheide
2,59 Mk. Hochachtungsvoll Th. Mann & Co.“

Unter Gewährsmann schreibt hierzu: „Der unsere Schil-
bung vom 12. d. M. an dieser Stelle nachliest, wird zugeben,
daß die Zufahrt der Firma Mann & Co. mit keinem Wort auf
den Kern der Sache eingeht. Was es nun mit dem Auszuge
aus der Lohnliste auf sich hat, geht am besten daraus hervor, daß
der Unterschied im Verdienst bei Afford gegenüber seinem Lohn
nicht dadurch zum Ausdruck kommt, ob in einem oder mehreren
Vohnlagen ein Mehrverdienst erzielt wird, sondern ob der
Jahresverdienst ein höherer bzw. niedrigerer wird. Das
aber ist abzuwarten.“

Uns kam es darauf an, zu zeigen, daß der Kapitalismus auch
nicht Halt macht vor liebgeordneten Verhältnissen alter, er-
grauter Arbeiter. Mögen diese nun die richtigen Schlussfol-
gerungen ziehen, dann ist der Zweck der Veröffentlichung erreicht.

Versammlungen.

- Bielefeld. Soz. Verein. 10. Bezirk. Sonntag, 21. Febr.,
morgens 10 Uhr bei Gröppel: Besprechung.
- Holzarbeiterverband. Montag, 22. Febr., abends
6½ Uhr in der „Centralhalle“: Versammlung.
L.-O.: „Darwin und sein Werk.“ Refer.: Dr. Bruno
Worchardt-Charlottenburg.
- Bauarbeiter. Sonnabend, 20. Febr., abends 8 Uhr,
Weberstraße 5: Versammlung.
- Schilbe. Holzarbeiterversammlung. Sonnabend,
20. Februar, abends 8½ Uhr, bei Böle: L.-O.: Vortrag.
Agitation.
- Lemgo. Öffentl. Gewerkschaftsversammlung.
Sonnabend, 20. Febr., abends 8 Uhr im „Lipp. Hof“.
Vortrag über den Arbeitslammereigesetzentwurf. Refer.:
C. Schred-Bielefeld.
- Derlinghausen. Holzarbeiterversammlung. Son-
ntag, 21. Febr., nachm. 3 Uhr bei Vöhr: Vortrag über
„Kämpfe und Erfolge des Holzarbeiterverbandes.“ Refer.:
C. Schred-Bielefeld.
- Schömar. Soz. Verein. Sonntag, 21. Febr., morgens
10 Uhr an bekannter Stelle: Versammlung. Dele-
giertenwahl.
- Blatho. Soz. Verein. Sonntag, 21. Febr., nachm. 2 Uhr:
Versammlung. 1 Uhr: Vorstandssitzung.
- Enger. Arb.-Tarnverein „Eintracht“. Sonntag, 21.
Februar, nachm. 1½ Uhr bei Riermann: Versam-
lung.
- Sibdenhausen. Deutscher Tabalarbeiterverband.
Sonnabend, 20. Febr., abends 8 Uhr bei Vitter: Ver-
sammlung. Wahl der Bevollmächtigten.
- Niederbexen. Soz. Verein. Sonnabend, 20. Febr.: Ver-
sammlung.
- Lübbecke. Soz. Verein. Sonnabend, 20. Febr., abends 9 Uhr:
Versammlung.
- * Quelle, 18. Febr. Der in der Gemeinderatsitzung vom
12. Januar an Stelle des Gemeindevorstehers Weber zu Vortra-
gen, der sein Amt niedergelegt hatte, gewählte Landwirt Arnold
Dinnew, Quelle Nr. 6, ist jetzt vom königlichen Landrat,
H. V. Dr. Bedhaus, Regierungsdirektor, bestätigt worden.

Briefkästen der Expedition.

Schömar Nr. 100 S. 550 Mk.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für
den Anzeigenteil: Wilhelm Vöthcher, beide in Bielefeld.

5 billige Verkaufst-Tage!

Freitag, 19. bis Dienstag, 23. Februar.

Um vor dem Einräumen der neuen Frühjahrswaren zu räumen, werden **grosse Posten erst-
klassiger Garderoben zur Hälfte des regulären Preises verkauft.** Der
Verkauf dieser Waren, welche besonders ausgelegt sind, geschieht nur gegen **Barzahlung.**

Herren-Anzüge!

Herren-Paletots!

Herren-Hosen!

Jünglings- und Knaben-Anzüge!

Einzelne Joppen, Blusen, Hosen!

zur Hälfte des regulären Preises.

Ernst Spanier

Bielefeld,
Niedernstrasse 8-10.

Erstes Spezialhaus für Herren- und Knaben-Kleidung.

Zur Konfirmation!

Schwarze und farbige Kleiderstoffe

Satintuche

in schwarz und in den neuesten Modenfarben. — Nur prima Qualitäten per Meter

2.50 2.25 1.95
1.75 1.60

Mohairs

in nur besten Qualitäten mit seidenreichem Glanz

per Meter
2.75 2.25 1.85
1.45 1.15

Eine unerreicht grosse Auswahl unterhalten wir in den neuesten

Blusenstoffen

Nur moderne Streifen und Karos.

Unsere Preise sind die denkbar billigsten.

Cheviots

in schwarz und allen neuesten Farben. Beste Fabrikate. Sehr solide im Tragen per Meter

2.25 1.85 1.50
1.35 88

Chevrons, Diagonals

Neueste Bindungen. In schwarz und reichem Farbensortiment. Sehr solide Ware

per Meter
2.75 2.50 1.95
1.50 95

Konfirmanden-Festonröcke

mit hübschen Stickereien in grosser Auswahl.

Gebr. Gottschalk

Niedernstrasse 29—31.

BIELEFELD.

Niedernstrasse 29—31.

Die Buchhandlung „Volkswacht“ hält zur Anschaffung empfohlen:

Neuer Familien-Atlas

Preis 1 Mark.

— 68 Karten —

Porto 20 Pfg.

Möbel-Lager

F. Mertens.

Enorme Auswahl. Billigste Preise.

Besichtigung ohne Kaufzwang.

Für Verlobte

vollständige Wohnungseinrichtungen.

Eigene Tischler- und Polster-Werkstatt.

Diese Woche wieder
gutes Kindfleisch
Pfund 60 Pfg.

Kalb- u. Schweinefleisch
zu billigen Preisen.

Verschiedene Wurst-
waren und Aufschnitt
empfiehlt

Fritz Ellenbeck,
Kochgermeister,
Herford
Lübberstr. 24. Telephon 417.

Der

Stiftberger Turnerbund

feiert seinen diesjährigen
Preis-
Masken-Ball

Sonnabend, den 20. Februar,
in den Lokalen Aug. Niemeyer,
Stiftberg.

Anfang: Abends 8 Uhr.
Musik der Dünkelchen Kapelle.
Hierzu ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

NB.: Karten sind zu haben bis
Sonnabend, 20. Febr., abends 7 Uhr,
bei H. Wolke, Beethovenstr. 10, Gröden-
strasse, und im Vereinslokal August
Niemeyer. Garderobe befindet sich
im kleinen Saal.

Oliver Twist. — Roman von

Charles Dickens.

Für die reifere Jugend nachgefragt von Julius Repper.

Preis M. 0.75. — Porto 20 Pfg.

Vorrätig in der Buchhandlung „Volkswacht“, Bielefeld.

Brotauflagen

Heinr. Hill

Bielefeld:

Niederwall 5, Reichspoststr. 10, Arndtstr. 43.

Brackwede: Kaiserstr. 58.

la. Rübenkraut	per Pfund	14
la. versüßtes Gelee	"	23
la. Kunsthonig	"	26
in 10 Pfund-Eimern	"	3.—
in 1 Pfund-Gläsern	"	47
la. gemischte Marmelade	"	23
la. Apfelmarmelade	"	30
Feinste Himbeermarmelade p. Pfd.	"	35
Feinstes Apfelkraut, rein.	"	37
ff. Pflaumenmus	18 u. 28	8

Nr. 42.

Preussische

Abgeord.

33. Sitzung vom Mittwoch

Am Ministertisch: Dr.

Die erste Beratung

geschieht wird fortgesetzt.

Abg. Kappeler (Folk):

die Vorlage war nicht als

als weiteren Schritt auf

Die stärkere Beteiligung

ist durchaus notwendig.

weit mehr Menschenleben

stropfen. Die Ursache ist

und Unvorsichtigkeit der

und Unvorsichtigkeit der

wiederum die Einführung

England und Frankreich

das bayerische Abgeordnete

Die Einführung dort soll

hängen. Wenn sich der

stimmert, so sollte es nicht

angefechten werden. Ferner

nicht unterlag, werden, u.

zu sprechen. (Bravo! b. d.

Abg. Wolff-Bissa (Folk):

Preis der Verantwortlich

das, was bei einer Redat

alles verantwortlich. Bei

leure hätte man besser ge

sprechen. Der Zweck des

arbeiten eintritt, würde

Hauptfrage ist, daß die

trauen der Arbeiter genie

es, wenn der Sicherheitsm

Ich wundere mich, daß di

viel Vertrauen zu dem S

zahlung der Sicherheitsm

sollte ihnen doch auffallen

Forderung einverstanden

nehmer verfolge ich ja die

billiger, als wenn sie d

müssen. Dem Gedanken

Haltung leitet, würde ma

den, daß der Sicherheits

als Sicherheitsmann aus

muß auch die notwendige

von der Belegschaft sicher

nach wie vor für reichs

dagegen angeführten Gr

Bergboheit, die die Recht

meht, sondern die Berg

so bleibt dem Landtag na

auf die Regelung der lä

auf die Geinbeordnung

schließlich den Hinweis

wertsverhältnisse betref

auch innerhalb Preussens

liberalen stets betont hab

gegen eine reichsgefehl

links.)

Darauf wird ein Sa

Es folgen die Schl

Abg. Hill (Folk):

auf meine Partei begrün

Einführung der Gruben

von meiner Partei seit

Gegen die unerhörte Be

bürgerlichen Parteien

nicht gegen Grubenun

schiedensten Protest einle

es den Bemühungen der

antragen, gingen werde

riedigende Gestalt zu ge

Gelegenheit wieder das

nur wieder, daß der So

Sozialreform auf dem L

ein Dorn im Auge ist.

haben eben die begründ

wesentlichen Punkte vo

werden. (Lachen b. d.

beiter aus dieser Haltung

den, muß ihnen überlass

dagegen einlegen, daß

der nationalen und chr

beiter lehnen es ab, vo

(Abg. Hoffmann (Soz.):

wissen genau, wer in

Hoffmann (Soz.):

Gegen die Unterstellung

kontrolliere nicht aus

den eingestellt werden

Minister, daß er trotz

lechte Stunde gegen

starkes Rückgrat bewies

schließlich für reichs

Abg. Frhr. v. Beld

liche Regelung dieser

Verhältnisse des Verga

he nicht über den Kam

idoren werden können.

beruht bekanntlich auf

Unreiffen Einfluß gibt

Vollververtretung gegen

solches Parlament ist

unter Wahrung auch

essen des Grubenbaus

(Sehr richtig! rechts,

nach sozialdemokratischen

Schutze der Arbeiter die

den geradezu gefährlich

größere Bezirke mit

Belegschaft losgelöst.

gegenübergestellten Arb

Disziplin, dem aller

baues, aufs äußerste ab

würden die Stellen der

fratischen Agitatoren

kein Geld geben. (Bra

für eine Ehrenpflicht

des Vergabes gesch

zu tun, und aus die

stelt. Wir werden es

Bedenken, die von

worden sind, eingehend

obligatorische Begleit

Grubenbeamten für

rechts.)

1. Beilage zur Volkswacht.

Bielefeld, Freitag, 19. Februar 1909.

20. Jahrg.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung vom Mittwoch, 17. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Delbrück.

Die erste Beratung der Novelle zum Vergleich wird fortgesetzt.

Abg. Kaptha (Pole): Meine politischen Freunde begrüßen die Vorlage zwar nicht als Erfüllung aller ihrer Wünsche, aber als weiteren Schritt auf dem Wege der modernen Entwicklung. Die stärkere Beteiligung der Arbeiter an der Grubentkontrolle ist durchaus notwendig. Durch die kleineren Unfälle gehen noch weit mehr Menschenleben zugrunde, als durch die großen Katastrophen. Die Ursache ist Überbürdung, allgemeine Abspannung und Unvorsichtigkeit der Arbeiter, sowie das Bestreben, das Gedinge möglichst hoch zu bringen. Darum beantragen wir auch wiederum die Einführung des achtstündigen Arbeitstages. In England und Frankreich ist dieser bereits durchgesetzt. Auch das bayerische Abgeordnetenhaus hat ihn einstimmig beschlossen. Die Einführung dort soll von dem Vorgehen in Preußen abhängen. Wenn sich der Sicherheitsmann um diese Verhältnisse kümmert, so sollte es nicht als Überforderung seiner Befugnisse angesehen werden. Ferner darf es den Sicherheitsleuten auch nicht unterlagt werden, mit den polnischen Bergleuten polnisch zu sprechen. (Bravo! b. d. Polen.)

Agg. Wollf-Eissa (Fr. Bg.) begrüßt die Ausdehnung des
Freies der Verantwortlichen. Bisher war der Betriebsführer
das, was bei einer Reklamation der Syndikature ist; er war für
alles verantwortlich. Bei der Einrichtung der Grubenkontroll-
leure hätte man besser getan, den Wünschen der Arbeiter zu ent-
sprechen. Der Zweck des Gesetzes, daß Ruhe unter den Berg-
arbeitern eintritt, würde dann besser erreicht werden. Die
Hauptfrage ist, daß die Sicherheitsleute auch wirklich das Ver-
trauen der Arbeiter genießen. Im Interesse der Arbeiter läge
es, wenn der Sicherheitsmann von den Arbeitern bezahlt würde.
Ich wundere mich, daß die Herren Sozialdemokraten plötzlich so
viel Vertrauen zu dem Staat haben, daß sie durchaus die Be-
zahlung der Sicherheitsmänner durch den Staat verlangen. Es
solte ihnen doch auffallen, daß auch die Unternehmer mit ihrer
Forderung einverstanden sind. Vom Standpunkt der Unter-
nehmer verstehe ich ja dieses Verlangen eher, denn für sie ist es
billiger, als wenn sie die Sicherheitsmänner selbst bezahlen
müssen. Dem Gedanken, der die Sozialdemokraten bei ihrer
Forderung leitet, würde man durch die Bestimmung gerecht wer-
den, daß der Sicherheitsmann für die Dauer seiner Funktion
als Sicherheitsmann aus der Belegschaft ausscheidet. Natürlich
muß auch die notwendige Unabhängigkeit des Sicherheitsmannes
von der Belegschaft sichergestellt werden. Im übrigen sind wir
nach wie vor für reichsgefehlige Regelung der Materie. Die
dagegen angeführten Gründe sind nicht durchschlagend. Eine
Verghöheit, die die Rechte erhalten will, gibt es seit 1865 nicht
mehr, sondern die Bergfreiheit. Was die Sozialpolitik anlangt,
so bleibt dem Landtag noch genug zu tun übrig, z. B. in bezug
auf die Regelung der ländlichen Arbeiterverhältnisse, in bezug
auf die Gefährdordnung usw. (Sehr gut! links.) Und was
schließlich den Hinweis auf die Verschiedenartigkeit der Ver-
güterverhältnisse betrifft, so ist genau dieselbe Verschiedenheit
auch innerhalb Preußens vorhanden, die gerade die National-
liberalen stets betont haben. Also dieser Grund kann auch nicht
gegen eine reichsgefehlige Regelung angeführt werden. (Bravo!
links.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Es folgen die Schlussworte zu den Anträgen.
 Abg. Well (Str.): Trotz der Angriffe der Sozialdemokratie auf meine Partei begrüßen wir die Vorlage mit Freuden. Die Einführung der Grunderkontrollreue bedeutet die Erfüllung einer von meiner Partei seit langer Zeit aufgestellten Forderung. Gegen die unerhörte Beschuldigung des Herrn Veinert, daß die bürgerlichen Parteien die sozialdemokratischen Bergarbeiter nicht gegen Grunderunglücksfälle schützen wollten, muß ich entschieden Protest einlegen. (Bravo! i. Str.) Wir hoffen, daß es den Bemühungen der Zsgstehrigen Commission, die wir be-
 antworten, gelingen werde, der Vorlage eine in allen Teilen be-
 friedigende Gestalt zu geben. Wenn Herr Veinert auch bei dieser
 Gelegenheit wieder das Zentrum angegriffen hat, so beweist das
 nur wieder, daß der Sozialdemokratie im Grunde jede gesunde
 Sozialreform auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung
 ein Dorn im Auge ist. (Abg. Sirich: Das ist lächerlich!) Sie
 haben eben die begründete Befürchtung, daß Ihnen dann die
 wesentlichsten Punkte von Ihrem Zukunftsprogramm gestrichen
 werden. (Lachen b. d. Soz.) Ob die sozialdemokratischen Ar-
 beiter aus dieser Haltung die nötigen Konsequenzen ziehen wer-
 den, muß ihnen überlassen bleiben. Verwahrung muß ich aber
 dagegen einlegen, daß sich Herr Veinert hier auch als Beschüßer
 der nationalen und christlichen Arbeiter aufspielt. Diese Ar-
 beiter lehnen es ab, von Herrn Veinert vertreten zu werden
 (Abg. Hoffmann (Soz.): Woher wissen Sie denn das?) Sie
 wissen genau, wer in Wahrheit ihre Interessen vertritt. (Abg.
 Hoffmann (Soz.): Die Anregung nützt nichts! Heiterkeit.)
 Gegen die Unterstellung der Unternehmer, als ob die Arbeiter-
 kontrollreue nicht aus sachlichen, sondern aus politischen Grün-
 den eingestellt werden sollen, protestieren wir. Wir danken dem
 Minister, daß er trotz der mächtigen Einflüsse, die sich bis in die
 letzte Stunde gegen die Vorlage geltend gemacht haben, ein
 starkes Rückgrat bewiesen hat. (Bravo! i. Str.) — Rebner tritt
 schließlich für reichsgesetzliche Regelung des Bergrechts ein.

Abg. Frhr. v. Jedlich (frl.): Wir lehnen die reichsge-
richtliche Regelung dieser Materie nach wie vor unbedingt ab.
Die Verhältnisse des Vergabes sind in Preußen so eigenartig,
daß sie nicht über den Stamm der allgemeinen Reichssozialpolitik
geklärt werden können. (Sehr wahr! rechts.) Der Reichstag
beruht bekanntlich auf dem radikalsten Wahrsatz, das auch der
Unreife Einfluß gibt und leicht zum Hygantinismus der
Volksvertretung gegenüber den großen Wählermassen führt. Ein
solches Parlament ist nicht geeignet, mit voller Objektivität und
unter Wahrung auch der den Arbeitern entgegengelebten Inter-
essen des Grubenbaues und der Grubenunternehmer zu urteilen.
(Sehr richtig! rechts, Lachen links.) Die Arbeiterkontrollreue
nach sozialdemokratischem Muster würden nicht nur nicht die
Schutz der Arbeiter dienen, sondern würden dem sozialen Frieden
geradezu gefährlich sein. Kein Arbeiter ist in der Lage,
größere Bezirke mit Nutzen zu überwachen. Solche, von der
Belegschaft losgelöst, den Unternehmern als Aufsichtorgane
gegenübergestellten Arbeiterkontrollreue würden vor allem der
Disziplin, dem allerersten Fundament der Sicherheit des Ver-
gabes, aufs äußerste abträglich sein. (Sehr richtig! rechts.) Auch
würden die Stellen der Kontrollreue tatsächlich mit sozial-
demokratischen Agitatoren besetzt werden, und dazu kann der Staat
kein Geld geben. (Bravo! rechts.) Im übrigen halten wir es
für eine Ehrenpflicht des Landtages, alles, was zur Sicherheit
des Vergabes geschehen kann, auf dem Wege der Belegschaft
zu tun, und aus diesem Grunde haben wir unseren Antrag ge-
stellt. Wir werden es natürlich nicht unterlassen, die ersten
Bedanken, die von seiten der Bergwerksunternehmer erhoben
worden sind, eingehend zu prüfen. Insbesondere halten wir die
obligatorische Begleitung des Sicherheitsmannes durch einen
Grubenbeamten für eine unerläßliche Forderung. (Bravo!
rechts.)

Abg. Brust (Str.) erklärt, daß er sich die Antwort auf die Angriffe des Abg. Veinert, auf die er wegen Schluß der Debatte nicht habe eingehen können, auf eine spätere Gelegenheit vorbehalte.

Das Gesetz mit den Anträgen wird hierauf einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.
Es folgt die zweite Beratung des Berathats.

Präsident v. Fröcher teilt mit, daß von den Fraktionsvorständen wieder ein Kontingentierungsplan für die Etatsberatung festgestellt sei, und daß er, falls ein Etat nicht im Rahmen dieses Planes erledigt sei, Abendkationen anberaumen werde.

Die allgemeine Beisprechung setzt bei den Einnahmen ein, die insgesamt 268 Millionen betragen.

Abb. v. Keßler (konf.): Bei dem schlechten Abgleich des Etats auch in diesem Jahre wäre es mündigswert, wenn uns im nächsten Etat genaue Angaben aus Gruben, die im vollen Betriebe und noch nicht abgemut sind, über die Selbstkosten pro Tonne gegeben würden, damit wir einen Vergleich mit anderen Gruben anstellen können. Gewiß ist der Ertrag vermindert durch die erhebliche Steigerung der Arbeiterlöhne, doch sind diese überall gestiegen. Die Arbeitsleistung zeigt übrigens trotz der Steigerung der Arbeiterlöhne sinkende Tendenz. Sehr gute Erfolge sind in Oberkassien erzielt worden mit Prämien an Betriebsbeamte und Arbeiter für regelmäßig verfabrene Schichten und Ueberfrachten. Solche Prämien sollten auch von der Verwerwaltung allgemein eingeführt werden. Bravo! rechts.

Handelsminister Dr. Delbrück sagt für das nächste Jahr einen genauen Vermögensnachweis der Bergverwaltung zu. Das Zurückgehen der Leistungen bei Steigerung der Löhne ist eine allgemeine Beobachtung. Ein Teil der Arbeiter gibt sich eben mit einer b. bestimmten Arbeitsleistung zufrieden und arbeitet bei höheren Löhnen nicht mehr. Dagegen etwas zu tun sind wir außerstande. Die erpöhten Prämien sind zum Teil auch bei falschen Werten eingeführt. Ob dadurch ein besonderer Gewinn herausgegriffen ist, kann ich heute nicht sagen.

Abg. Sauer mann (Ztr.): Ob die Klagen über die Preispolitik der staatlichen Bergwerke zutreffen, will ich nicht untersuchen. Jedenfalls ist es dem Staat nicht gelungen, durch seine Politik einen nennenswerten Einfluß auf die Preisbildung auszuüben. Es wird behauptet, daß der Fiskus mit dem stohleninfidat frieblich Hand in Hand gehe und die Stohle nach dem Ausland billiger liefere. In Süddeutoland sollten sich deshalb Genossenschaftlich gebildet und massenhaft englische Stohle bezogen haben. Ich will mich mit diesen Behauptungen nicht identifizieren, doch wäre uns Aufklärung über diese Klagen erwünscht. Der Staat sollte mehr mit kleinen Abnehmern abschließen und die Ausfuhr der Stohle sollte, solange im Inlande Bedarf vorhanden ist, möglichst eingechränkt werden. Ein ganz ungesunder Zustand ist es zweifellos, wenn man Tausende von ausländischen Arbeitern heranholt, um mit ihnen die heimische Stohle zu fördern und sie dann noch billig an das Ausland abzugeben. (Sehr wahr! i. Ztr.) Deutschland steht unter den Abnehmern englischer Stohle gegenwärtig an dritter Stelle, während die Ausfuhr deutscher Stohle steigt. Freilich darf die Ausfuhr nicht zu sehr bechränkt werden ohne die Sicherheit, daß die gleiche Menge im Inland abgeleht werden kann. Sonst könnte ein großer Teil der vorhandenen Förderanlagen nicht mehr ausgenutzt werden, und das würde zur Steigerung der Stohlenpreise und zur Entlassung von Arbeitern führen. Die Löhne im Ruhrrevier sind von 1887 bis 1907 um 38 Prozent gestiegen, der Wert der gefördertten Stohle aber um 49 Prozent. Die Lohnsteigerung war notwendig, weil früher die Löhne sehr niedrig waren. Wir begrüßen es, daß bei sinkender Konjunktur die Löhne stabil gehalten werden, während sie in der Privatindustrie rapide fallen.

halten werden, während sie in der Produktionslinie rasch weiter-
die Beschäftigten über die Minderleistungen rapid völlig un-
berücksichtigt und werden nur von Leuten aufgestellt, die die Ver-
hältnisse im Bergbau nicht kennen. Daß bei einzelnen Personen
oder auch einzelnen Schächten Minderleistungen vorkommen kön-
nen, liegt in der Natur der Sache. Es liegt das zum Teil
daran, daß man so viel Leute aus rein ländlichen Gegenden
herangeholt hat, die vom Bergbau keine Ahnung haben und deren
Hörner auch der schweren Arbeit nicht gewachsen ist. (Sehr
richtig!) Weiter kommt auch der Bergeverlag in Betracht, der
zur Vermeidung von Hohlbräumen und Bildung von Schlag-
wettern notwendig ist. Dadurch, daß für diese Arbeiten, auch
für die Verzeilung usw. viel Leute in Anspruch genommen
werden, muß natürlich die Tonnenleistung sinken. Die Behauptung
des bekannten Dr. Tisse, die christlichen Gesellschaften wären es,
welche die Minderleistung verurachten, richtet sich selbst. (Sehr
wahr! i. Ztr.) Bei den sozialen Wahlen sollten die Verwal-
tungen entgegenkommender sein. Ein recht bedenklicher An-
satz greift neuerdings im Ruhrrevier Platz, indem auf den Ab-
schießern vielfach die Religion der Familienmitglieder eines
Bergmanns angegeben wird. Was hat die Religion der Frau
und Kinder mit der Bergarbeit zu tun?! Die Vergleiche ver-
muten, daß dies nur eine andere Form des bekannten Sperr-
systems ist. (Hört, hört! i. Ztr.) Ueber staatliche Vergewerke
und bis jetzt errieblenweise derartige Verwerke nicht er-
hoben worden. Als ein Mißstand wird es weiter von den Berg-
arbeitern empfunden, daß die Aufsichtsbeamten vielfach in den
privaten Bergbau als Direktoren usw. übergehen. Man nimmt
an, daß sie unter diesen Umständen nicht unabhängig genug von
den Vergewerksbesitzern sind. Ich teile diesen Standpunkt nicht.
Aber es sollten doch Aufsichtsbeamte, die mit den Vergewerks-
besitzern verwandt oder verschwägert sind, wenigstens in andere
Betriebe versetzt werden. Ein unzulässiger Standpunkt des
Dortmunder Oberbergamts ist es auch, wenn es die Organi-
sationen der Bergarbeiter nicht für befugt hält, im Namen einer
Belegschaft Beschwerde zu führen. (Sehr wahr! i. Ztr.) Den
Herrn Unternehmern vom Bergbaulichen Verein wird die Ein-
sicht in die Bibliothek und die Akten des Oberbergamts Dort-
mund gestattet, einem Vertreter des christlichen Verbandes
wurde sie „aus grundsätzlichen Erwägungen“ verweigert. (Hört,
hört!) Die bergpolizeilichen Verordnungen sollten dort, wo
fremdsprachliche Arbeiter beschäftigt sind, auch in der Mutter-
sprache dieser Arbeiter angehängt werden. (Sehr richtig! im
Zentrum.) Ferner wünschen die Arbeiter und Beamten, daß sich
bei Erlassen der Bergpolizeiverordnungen auch gehört werden.
Früher hat man hier immer lebhaft geklagt über die Sozial-
politik im Automobiltempo. Es hat aber 19 Jahre gedauert,
ehe das Versprechen der Thronrede über die Arbeitskammer
eingelöst ist. Ich begrüße es, daß auch die Bergarbeiter in die
Arbeitskammer einbezogen sind. Zum Schluß möchte ich den
Herrn Minister fragen über das Ergebnis des beabsichtigten
Bestehungsprozesses im Saarrevier. (Bravo! i. Ztr.)

Hierauf verzog sich das Haus.

34. Sitzung vom Donnerstag, 18. Febr., mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Delbrück.

Die zweite Beratung des Bergetats wird fortge-

Abg. Racco (natl. [auf der Tribüne fast unverständlich]):
 Daß die Arbeitsleistung nicht mit der Höhe der Löhne zu-
 nimmt, kann ich bestätigen. In der sozialen Gleichgebung muß
 Maß gehalten werden, sonst werden die Lasten für die Unter-
 nehmer zu groß.

Abg. Dr. Schepp (fr. Bp.): Maßregelungen der Bergleute aus politischen oder religiösen Gründen, wie sie gestern Herr Sauermann anführte, verurteilen wir entschieden. Leider geht man mit solchen Maßregelungen auch gegen geistige

Arbeiter vor. Ich erinnere an das Vorgehen in Oberschlesien gegen Angehörige des Bundes der technisch-industriellen Beamten. Diese Beamten sind ohnehin sehr benachteiligt durch die Konkurrenzklausei und dadurch, daß ihnen an dem Ertrag ihrer Erfindungen nicht der geringste Anteil gewährt wird. Die Konkurrenzklausei ist in einzelnen Fällen ausgedehnt worden auf alle Staaten Europas. (Sört, hört! links.) Nur der tiefe Grube in Oberschlesien wurde ein Steiger als Mitglied des Bundes der technisch-industriellen Beamten entlassen. Der Direktor Besser lehnte eine Vermittlung des Bundes ab. Den Vorwurf, daß er vergebende und sozialdemokratische Tendenzen verfolge, hat der Bund entschieden zurückgewiesen. Ein Geheimrat Lübbemann (siehe u. a.: „Der Bund hat die Unversichertheit gehabt, sich in die Angelegenheiten unseres Werkes zu mischen und eine Protestversammlung der technischen Grubenbeamten gegen ihre Bröther zu veranlassen.“ (Sört, hört! links.) Ein anderes Mal sagte der Geheimrat: „Ich will Koalitionsrecht und persönliche Freiheit und Abzügen.“ (Sört, hört, links.) Im Verlauf der Verhandlung sind dann noch 11 Herren wegen der Zugehörigkeit zum Bunde gemeldet worden. Man darf sich nicht wundern, wenn von der dadurch hervorgerufenen Erbitterung unter den technischen Beamten wieder die Sozialdemokratie bei ihrem bekannten Schwingelnde den Vorteil hat. Ich hoffe, daß die Regierung für Sicherung des Koalitionsrechts der technisch-industriellen Beamten sorgen wird. (Bravo! links.)

Abg. Leinert (Soz.): In der Debatte über das Vergleiche von dem Herrn Regierungsvertreter Mitteilungen gemacht worden über den Gesundheitszustand der Vergleute. Die Wichtigkeit der von dem Herrn Handelsminister mitgeteilten Zahlen, die in dem Erlaß vom 5. Januar 1908 dargelegt worden sind, ist teilweise bestritten, teilweise auch sind die Zahlen anders erklärt worden. Es ist da gesagt worden, daß eine mildere Beurteilung der Verste bei Kranheitsfällen und Unfällen Blass gegriffen hat. Das Gegenteil aber wird bewiesen durch die unendlich vielen Prozesse, die seitens der Unfallverletzten gegen die Verste angestrengt werden müssen. Außerdem hat die Annapathatsberufsgenossenschaft durch das System der Verbrauchsätze dafür gejorgt, daß durch Unfall verletzten Arbeitern nicht allzu große Fürsorge geboten wird. Ueber die mitgeteilten Ergebnisse läßt sich allerdings erst dann ausgiebig reden, wenn diese Ergebnisse dem Hause ausführlich vorgelegt werden. Wenn diese Ergebnisse so dargelegt sind, als ob ein Rückgang im Lebensalter und in den Gesundheitsverhältnissen der Arbeiter nicht zu verzeichnen sei, ist doch im Bericht des Annapathatsdirektors Milde angegeben, daß im Clausthaler Annapathatsverein ein Rückgang des Lebensalters der Vergleute von 56 auf 51 Jahre zu verzeichnen ist. Es sollte untersucht werden, wie weit an diesem Rückgange gerade die fiskalischen Vergleute beteiligt sind. Das ist besonders deshalb nötig, weil ich der Meinung bin, daß gerade die fiskalischen Vergleute im Ueberbergamtsbezirk Clausthal am meisten Veranlassung geben zu solchen ungünstigen Zahlen. Es ist auch darauf hingewiesen, daß dieser Rückgang in den Gesundheitsverhältnissen wesentlich dem zuzuschreiben sei, daß die Arbeiter sehr kleine Krankheit und jeden Unfall gleich melden. Die Anmeldung der Unfälle mag jetzt etwas erhöht sein, aber die Berginspektoren haben doch zum Teil eine ganz andere Meinung über die Verhältnisse, die zu einer Vermehrung der Unfälle führen. So hat der Beamte aus dem Ueberbergamtsbezirk Breslau berichtet: Leider hat die Verwendung der jungen Leute in größerer Anzahl, besonders auch unter Tage, eine Vermehrung der Unfälle zur Folge gehabt. Weiter führt er an: „Dadurch, daß die Leistungsfähigkeit des Einzelnen auf höchste angepannt wurde, wurden oft genug die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen außer acht gelassen.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Im Ueberberg beträgt bei den Erbsbergleuten die Arbeitszeit inklusive Ein- und Ausfuhr für Hauek 7½ Stunden, für Förderarbeiter 10 Stunden, für die Leute, die das Erz zutage fördern, 12 Stunden. Die Arbeiter dort müssen bei hohen Temperaturen arbeiten und es wird von ihnen ganz besonders über schlechte Wetterführung geklagt. Die Anlagen mögen wohl ausreichen, aber bei der außerordentlichen Hest und bei der Affordarbeit wird nicht so genau darauf geadtet. Die Wetter zirkulieren dann nicht bis nach den Arbeitsstellen usw., und die Arbeiter haben in den Ergruben ganz besonders unter der schlechten Luft zu leiden. Die Arbeiter wohnen daher 8 Stunden Arbeitszeit und eine Erhöhung der Gedinges, damit sie nicht in der schlechten Luft gezwungen sind, sich bis auf äußerste anzustrengen und ihre Gesundheit frühzeitig zu ruinieren. Die Lohnverhältnisse sind dort zurzeit die allerchlechtesten. Die Arbeiter sind gezwungen, sich durch allerdand Nebenarbeiten über Tage etwas zu verdienen, damit sie ihre Familie menschenwürdig ernähren können. Die Beschäftigten hat mit Arbeiten in Steinbrüchen, mit Holzzerleinern und verglichen. Wenn Sonntags nicht gearbeitet wird, ist Montag morgens immer ziemlich frühe Luft in der Grube vorhanden. Deshalb wünschen die Arbeiter, daß, um eine Zuhör gesunder Luft zu ermöglichen, die Nachtschicht eingestellt wird. Der Vohn der Erbsbergleute im Ueberberg ist in der amtlichen Denkschrift nicht angegeben, trotzdem die Behauptung darin enthalten ist, daß der Rückgang des Ueberberufes zurückzuführen ist auf die Erhöhung der Löhne. Man schämt sich offenbar, die Löhne, die dort gezahlt werden, öffentlich in einem amtlichen Schriftstück mitzuteilen. Nach mir zugegangenen Lohnzetteln hat 1. B. ein Dauer, der 25 Schichten versahen hat, im Monat 73,08 Mark verdient. Davon gehen Abzüge für Krankentafelbeiträge usw. in Höhe von 8 Mark ab. Das sind keine Lohnverhältnisse, die eines staatlichen Betriebes würdig sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ein anderer Lohnzettel über 20 Schichten, wobei allerdings Ueberberufsen erfahren worden sind, lautet auf 94 Mark, wovon auch 8 Mark abgehen. Diese Lohnverhältnisse im Ueberberg sind deshalb besonders unwürdig, weil die Lebensverhältnisse dort oben außerordentlich teuer sind, bedeutend teurer als in den Großstädten. denn alles, was zur Ernährung der Bevölkerung notwendig ist, muß erst dort hinaufgebracht werden. Die Arbeiter verlangen daher einen Lohn von 450 Mark. Die Behandlung der Arbeiter in diesen fiskalischen Werken ist durchaus keine gute. Als ein Arbeiter sich beschwerte, daß der ihm verbleibende Lohn von 68 Mark im Monat nicht ausreichen könnte, um ihn, seine Frau und 4 Kinder zu ernähren, ist ihm gesagt worden, er solle froh sein, daß er überhaupt soviel verdient, er könne ja jederzeit entlassen werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Eigenartig ist, daß immer kurz vor der Reichstagswahl eine kleine Lohnaufbesserung versprochen wird, die nachher wieder abgesogen wird. Ueberhaupt fragt man dort die Arbeiter garnicht, wenn das Gedinge reduziert wird. (Hört, hört! bei den Soz.) So springt man mit den Arbeitern im Ueberberg um, da herrscht die reine Willkür der Beamten. Natürlich erzeugen solche Zustände bei den Bergarbeitern Erbitterung. Der Herr Handelsminister muß übrigens von der Stimmung der Ueberberger Vergleute unterrichtet sein, denn er ist seinerzeit dort gewesen, hat den Betrieb besichtigt und hat von einer Deputation die Wünsche der Vergleute entgegengenommen. Er hat ihnen allerdings nicht Erfüllung der Wünsche versprochen, das geschieht ja Arbeitern gegenüber in der Regel nicht; aber die Arbeiter glauben doch, daß, nachdem sie dem Handelsminister persönlich ihre Wünsche vorgetragen haben, er auch verpflichtet ist, darauf einzugehen. Im Jahre 1907 hat der Herr Handelsminister eine Verordnung erlassen, wonach die Bergarbeiter, die 5 Jahre in einem B.

...ste, Wert 600
ring, mit einem
goldener Ring
... 6. ein Kranz
... Wert
... in der
... kleinerer Dia-
... in der Mitte
... des Armbands
... (antil), Wert
... 2 Arm-
... neben; in der,
... Strichhosen,
... antiles Muster,
... Brosche, 2 Arm-
... -Revolber.
... in die Hände.
... Vor Anlauf
... Mitteilungen,
... führen können.

...at des

...er Erhöhung der
... Nicht die der
... sein, wohl
... auch die Ver-
... -mäßig an-
... - das ist eine
... . Für die Zi-
... -Menschen ist
... die Wanderer-
... die Vertreter,
... der Möglichkeit
... der - (Ge-
... darüber unter-
... -organ sich
... hat. Aber
... in ja auch die
... -Setuba,
... - (Schädel), ihr
... an dem Feuer
... der -Mens-
... nun aber auch
... -cht, -christlich,
... welche er selbst
... -Kreisblatt!
... er folgenden

...anderseits.
... und zum größten
... wieder auf
... -tratie, die sie
... in dem neuesten
... -ation von Herrn
... -pit sie nur noch
... der die Gründe
... dargelegt wer-
... -fabrikate die
... -billigen, un-
... -laubt schon fest-
... -lichten der Wan-
... der sozialdemo-
... -ben.

...mentation denn
... -kari, der auf
... -Angst, die
... -Monat in Berlin
... -die Reichstags-
... -So erklärte
... -der sich als
... -Mehrheitskraft
... -1. Januar in
... -der genannte
... -gehabt als
... -von derselben
... -Seihermann.
... -Streiter für die
... -ihre Angelegen-
... -seinen ablen-
... -legen, was doch

...schlage von der
... als „gesundenes
... -und daß der
... -Einfluß nicht
... -Freunde der
... -Erfolg aufgebaut

...es eine reine
... -sorgan auf dem
... -demokratie nach-
... -seiner unglaub-
... -Schaden er in
... -tug des Tabaks
... -heit; tut nichts,
... -t, wenn er nur
... -io, wie es die
... -der christlich-
... -demokratischen
... -retten gestimmt,
... -Zigaretten auf der
... -er“ hat die Un-
... -die Wanderer-
... -rennen Leser des

...sitzung vom
... 7 Punkte. Der
... -Gen.-Sekretär
... -Bauermeister B.
... -Bredel 14 Tage
... -m Lohnzute an-
... -fig. nur 42 Bg.
... -me jetzt er für
... -kommt ein Ver-
... -Ebenfalls
... -an dem Arbeiter
... -rgibt sich in der
... -heit. Der Vor-
... -kam, daß diese
... -entität & Selbst-
... -sungen N. den
... -Nach Aussage
... -schlecht befragt
... -Schaden den
... -erforder Zeitung

...en, so nahm der
... -Anspruch. Die
... -Vermeister Meie
... -ie hatte von den
... -Waren, weil die
... -was die Kläger
... -er Vellage eine
... -Entlassung-
... -wertiger Weise
... -eine einmalige
... -Entlassung sei
... -im Vergleich zu

zahlen. Erst nach unendlichen Bemühungen gelang es, den Be-
klagten von der Haftlosigkeit seiner Annahme zu überzeugen.
Nach einem weiteren Vorlage, die Summe auf 25 Mark zu
reduzieren, welchem die Kläger entgegenkommend zustimmten,
wüßte der Beklagte ein, den angelegten Betrag zu zahlen. —
In der nächsten Sache wurde der Termin ausgesetzt und das
Ercheinen des Beklagten angeordnet. — Nach beinahe einem
Vierteljahr und nachdem schon 3 Termine in dieser Sache statt-
gefunden haben, kam die Klage des Arbeiters B. gegen den
Schachtmeister Strunk zur Erledigung. Endlich kommt auch
hier ein Vergleich zustande, nach welchem Strunk 7 Mark zahlt
und die Kosten trägt. — Ein fleischergefellte Klage gegen den
Kleidermeister Hupc wegen kündigungsfreier Entlassung. Nach
Vernehmung eines Zeugen, der ungefähr das Gegenteil von dem
was der Kläger behauptet, auslegt, wird die Klage abgewiesen.

* Derford, 18. Febr. Zum Stadthaumeister wurde
vom Magistrat Herr Regierungsbaumeister Kallmeyer aus
Hannover gewählt. Von 80 Bewerbern waren schon vorher
70 ausgeschieden, dann 5 auf die engere und endlich 3 auf die
enigste Wahl gesetzt worden.

* Derford, 18. Febr. In einer Bezirksversammlung
der Schneiderinnungen aus dem Bezirk der Hand-
werkskammer wurde mitgeteilt, daß nach einer vom
Kommando des 7. Armeekorps in Münster eingelaufenen Nach-
richt im Jahre 1910 die letzten Defensivhandwerker dienen
und daher die Velleidungsbedürfnisse der Truppen auf andere
Weise gedeckt werden müssen. Vorläufig hat das Korps-
kommando in dem Bezirk der Handwerkskammer Velleidung die
Anfertigung von je 14 000 Uniformröcken, Hosen und Mänteln
vergeben.

* Derford, 18. Febr. Verbrannt. Am Mittwoch hatte
die Frau des Brieftägers Künzing Kaffee aufgegossen und
ging darauf einen Moment aus der Küche. In dieser Zeit er-
griff das brennende Kind die Stange und trant von dem heißen
Inhalt. Dadurch zog sich das Kind so schwere Verletzungen zu,
daß es noch am Abend desselben Tages starb.

* Derford, 18. Febr. Tödl. Verunglückt. Der Ar-
beiter Giesemann hatte ein Fuder Mist nach Egidum gebracht,
wobei er erst kürzlich verunglückt war. Auf dem Wege nach
der vollgeladene Wagen plötzlich sturzen und begrub den daneben
gehenden Giesemann unter sich. Zu seiner Rettung herbei-
geeilte Nachbarn konnten den Verunglückten nur noch als Leiche
herausziehen.

* Bünde, 18. Febr. In dem bekannten Prozeß wegen
Körperverletzung durch die Presse, den der Stadthalter a. D.
Köhring gegen den Redakteur des Bänder Genera-Anzeigers
angestrengt hat, wurde in dem vorgestern vor dem Oberlandes-
gericht Bünde ausstehenden Termin das Urteil der Strafkammer
Vielefeld aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurück-
verwiesen. (Bünde, Gen.-Anz.)

* Lage, 18. Febr. Das hiesige Technikum soll nach
der „Lipp. Volkszeitung“ nunmehr bestimmt nach Vielefeld ver-
legt werden. Verschiedene Ingenieure im Auftrage des Ober-
bürgermeisters von Vielefeld haben vorgestern das Institut einer
Prüfung unterzogen. Das genannte Institut soll bereits in
der Zeit vom 20. März bis 1. April nach Vielefeld verlegt
werden.

* Detmold, 18. Febr. Es gibt keinen Notstand in
Lippe. Unter dieser Ueberschrift wird am Sonntag ein vom
Gewerkschaftsamt verfaßtes Flugblatt in Detmold und Um-
gegend verbreitet. Es ist wohl selbstverständlich, daß sich am
Sonntag, 21. Februar, morgens 8 Uhr genügend Kollegen zur
Versammlung stellen müssen. Die Ausgabe erfolgt beim Genossen
Eggen, Krummstr. 4.

* Detmold, 18. Febr. Den Landtagsabgeordneten
sind weitere Vorlagen gegangen: Geich betr. Ab-
änderung des Gewerbebesteuergesetzes vom 19. Febr.
1878. In dem Geich wird gesagt, daß von jedem Kleinhandel
mit geistlichen Getränken, welcher als besonderer Nebenbetrieb
auf Grund einer Erlaubnis betrieben wird, und sich nicht aus-
schließt auf den Handel mit Bier und Wein beschränkt, ein
Steuerfuß von 15 Mk. besonders zu entrichten ist; ferner sagt
das Geich, daß für Steuerbezirke, in denen eine erhebliche An-
zahl von steuerpflichtigen Zimmervermietern vorhanden ist,
die Regierung eine neue Klasse F anordnen kann. Der Mittelfuß der
Klasse F beträgt jährlich 12 oder monatlich 1 Mk., der niedrigste
Satz jährlich 3 Mk. oder monatlich 25 Pf. In der Begründung
sagt die Regierung, daß der Geichentwurf die Ausführung des
Landtagsbeschlusses vom 11. März 1907 darstellt, wonach außer
den anderen Steuern auch die Gewerbesteuer in Zukunft in

12 Monatsraten unter Entlassung der unteren Klassen
zu heben werden soll, und bemerkt dann ferner, daß bisher
von jedem Kleinhandel mit Branntwein eine Jahressteuer von
12 Mk. erhoben wurde, und die durch den Entwurf in Vor-
schlag gebrachte Erhöhung von 12 Mk. auf 15 Mk. rechtfertigt sich
dadurch, daß für jeden Ort nach Maßgabe des Bedürfnisses
nur eine beschränkte Zahl von Branntweinverkaufsstellen zuge-
lassen wird, so daß die Inhaber dieser ihren Konkurrenten
gegenüber wesentliche Vorteile genießen, so daß es nicht un-
billig erscheinen kann, ihnen einen Teil des Ausfalls, der durch
die Entlassung der unteren Steuerklassen entsteht, auf-
zuwerfen. Zur Entlassung der unteren Steuerklassen sind die
Steuerfüße für die kleinen Handelsgeschäfte und die Gewerbet-
betriebe herabgesetzt. Nach den neuen Sätzen werden nur
10 185 + 5523 = 15 713 Mk. gegen jetzt 14 901 + 10 158 = 25 059
Mk. erhoben. Der Ausfall von 9346 Mk. soll nach dem Ent-
wurf durch eine stärkere Heranziehung der größeren Handels-
firmen gedeckt werden, und die Handelsgeschäfte mittleren Um-
fanges, sowie Gast- und Schenkwirte nicht mehr wie bisher
4, sondern voll zur Hebung gelangen. Das Gewerbe der
Zimmervermieter ist durch das Ab Zulußen in die Erhebung
getreten. Schließlich teilt die Regierung noch mit, daß die
Ausarbeitung eines neuen Gewerbebesteuergesetzes in Vorbereitung
sei. — Geich betr. die Gemeindefinanzverwaltung
der Wanderarbeiter (Ziegler, Maurer). In der Vor-
lage heißt es: Deutsche Reichsangehörige, die in Lippe ihren
Wohnsitz haben, sich aber zur Erzielung von Arbeitsverdienst
wenigstens 6 Monate im Steuerjahr außerhalb dieser Wohnsitz-
gemeinde aufhalten und für die Zeit an ihrem Arbeitsort zur
Gemeinde-Einkommensteuer herangezogen werden, haben ihrer
Lippischen Wohnsitzgemeinde (Stadtgemeinde, Amtsgemeinde)
gegenüber Anspruch auf Vergütung eines Drittels der an diese
Wohnsitzgemeinde für das nämliche Steuerjahr entrichteten oder
zu entrichtenden Gemeindefinanzsteuer. Die lippischen Dorfgemein-
den (Maurerarbeiten) sind befreit, einen Anspruch im Sinne
des § 1 in vollem oder in beschränktem Umfang durch Ortsstatut
einzuführen. Die Vergütung oder der Nachschuß soll erstmalig
für das Jahr 1909 erfolgen. In der eingehenden Begründung
wird gesagt, daß den berechtigten Klagen der lippischen Wander-
arbeiter über die Gemeindefinanzbesteuerung ihres Arbeitsver-
dienstes entgegengekommen werden soll; die gänzliche Befreiung
der Doppelbesteuerung könne nur durch Reichsgeich geschehen
oder durch Staatsverträge mit den deutschen Staaten, wo lippische
Wanderarbeiter arbeiten oder woher Wanderarbeiter zur Ar-
beit nach Lippe kommen. Die Geichesvorlage bezeichnet die
Regierung als einen Notbehelf unter Mehrbelastung der übrigen
lippischen Steuerzahler. Die Vergütung eines Drittels ist die
richtige Mitte zwischen den einander widersprechenden Interessen.
Die ausschließliche Steuerzahlungspflicht trifft nur die Stadt- und
die Amtsgemeinden. Die Dorfgemeinden können einen analogen
Anspruch einführen. — Vorlage betr. die Uebernahme der auf
Lippe entfallenden Kosten für die Kartierung des
Reichsgebietes. Es werden insgesamt 5500 Mk. für die
Herstellung einer Generalstabskarte für das lippische Land ge-
fordert. — Vorlage betr. die Befolgung der Beamten
und Angeestellten der Heil- und Pflegeanstalt
Lindenhaus. Nachdem die Anstalt verstaatlicht ist, wird
nunmehr der Landtag ersucht, zu folgenden Gehaltsvorlägen
seine Zustimmung zu geben. Außer dem Gehalt wird freie
Wohnung, Heizung und Beleuchtung gewährt. Direktor: Gehalt
4500—6000 Mk. Höchstgehalt in 18 Jahren und Steigungen von
3 zu 3 Jahren um 350 Mk. Abteilungsleiter: 2400—4200 Mk.
Höchstgehalt in 18 Jahren und Steigungen von 3 zu 3 Jahren
um 200 Mk. Magasin- und Verwalter: 1800—2200 Mk. Höchstgehalt in 18 Jahren
und Steigungen von 3 zu 3 Jahren um 150 Mk. Kassator: (wie
Magasinverwalter). Oberpfleger: 1200—2100 Mk. Höchstgehalt
in 18 Jahren und Steigungen von 3 zu 3 Jahren um 150 Mk.
Gutsverwalter. (wie Oberpfleger). Oberin: 800—1340 Mk.
Höchstgehalt in 18 Jahren und Steigungen von 3 zu 3 Jahren
um 30 Mk. Küchenverwalterin: 540—780 Mk. Höchstgehalt in
10 Jahren und Steigungen von jährlich 24 Mk. Köchenverwalterin
(wie Küchenverwalterin). Anstaltskassierin: 900—1500 Mk.
Höchstgehalt in 12 Jahren und Steigungen von jährlich 50 Mk.
Angehörige im Pflegeverhältnis: 540—900 Mk. Höchstgehalt in
15 Jahren und Steigungen von jährlich 24 Mk. Angehörige im
Pflegeverhältnis: 300—600 Mk. Höchstgehalt in 15 Jahren
und Steigungen von jährlich 20 Mk. Der Küchenverwalterin
Küchenverwalterin und dem weiblichen und männlichen Pfle-
gepersonal wird auch noch freie Dienstkleidung gewährt. — Eine

weitere die Anstalt Lindenhaus betr. Vorlage fordert
ein Extraordinarium im Betrage von 19 007,50 Mk. für vorzu-
nehmende Bauten und für die Beschaffung von Inventar. —
In einer anderen Vorlage betr. die Verpflegungssätze
der Anstalt Lindenhaus, soweit die dritte Verpflegungs-
klasse in Betracht kommt, wird bestimmt, daß für die von einem
lippischen Armenverbande übermiesenen bzw. auf Kosten des-
selben verpflegten Kranken auf 1,40 Mk. täglich festgesetzt wird
und der bisherige Pausch, daß von diesem Betrage 20 Pf. von
der Landkasse zu tragen sind, ab 1. April 1909 in Wegfall kom-
men. Die Regierung begründet die Vorlage mit der gegenwärtigen
schlechten Finanzlage der Landkasse.

* Köln, 18. Febr. Der Verzehtreil. Die Stadtw-
waltung in Köln erklärte, die städtischen Hospitäler würden im
Verzehtreil ihre Neutralität wahren. Die Hospitalärzte wur-
den an die Pflicht strenger Unparteilichkeit erinnert.

Wahlkreis Lippe.
Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen
Vereins findet Sonntag, 28. d. M., nachmittags 1 Uhr, im
„Lippischen Hof“ zu Lemgo statt.

Tagesordnung:
1. Bericht und Abrechnung des Vorstandes.
2. Abrechnung von der Landtagswahl.
3. Statutenänderung.
4. Wahl des Vorstandes.
Der Vorstand. J. A. G. Beder.

NB. Die noch ausstehenden Rechnungen müssen umgehend
an den Kassierer, Genossen Aug. Schmund, gesandt werden.

Vermischtes.
Der Anstaltler von Berlin. Berlin, 18. Febr. Ein
neuer Messerangriff wurde heute mittag der Kriminalpolizei
gemeldet. Die Tochter des Großhändlers, die mit ihrer Ge-
sieherin durch die Magdeburger Straße ging, erhielt von einem
unbekannten Täter einen Stich. Außerdem wurde ihr das Kleid
beschädigt. Der Unfall wird augenblicklich noch untersucht. Der
Täter ist auch jetzt wieder entkommen. Bisher waren 23 Steche-
rien auf Frauen und Mädchen gemeldet worden. Die 50 Ver-
urteilungen, die unter dem Verdacht der Täterschaft angefallen und
festgenommen wurden, mußten von der Kriminalpolizei alle
wieder entlassen werden.

Berlin, 19. Febr. Gestern nachmittag und abend wurden
keine neuen Attentate durch den Messerstecher verübt; nur ein
junger Mensch erlaubte sich einen Scherz, indem er in der Land-
butter Straße in Schöneberg einem Fräulein mit seinem Taschen-
messer einen Stich in das Kleid verleihte, der aber eine Ver-
letzung der Dame nicht zur Folge hatte. Der Täter ist unge-
funden entkommen.

Die Ueberflutung. Magdeburg, 18. Febr. Infolge an-
dauernden Steigens des Wasserstandes wächst die Gefahr für
Zeebauern in bedrohlicher Weise. Ein Teil der Stadt ist schon
überflutet. Viele Häuser werden geräumt. — Der Kron-
prinz überwieß während seines Aufenthaltes im Ueberflutungs-
gebiet 18 400 Mk. für die Ueberflutungen, davon 10 000
Mk. dem Kaiser und 8400 Mk., die auf einem
Wall beim Prinzen Friedrich Leopold gesammelt worden waren.
Das Amusement scheint bei Wohlthätigkeit reicher Leute un-
entbehrlich zu sein.

Vom Sturme ins Meer geworfen. Hume, 18. Febr. In
Penza wurde ein junger kroatischer Maler namens Erler bei der
Reise von einer Felskante an einer Straßenecke von
einer starken Vora acht Meter weit über die Mole ins Meer
geschleudert, wo er ertrank, ohne daß seine Begleiter infolge des
Sturmes etwas zu seiner Rettung unternehmen konnten. Seine
Leiche konnte später gefunden werden.

Arbeiter! Genossen!
Es ist Parteipflicht für jeden Genossen, energisch und unab-
lässig für die „Volkswacht“ Abonnenten zu werben. Jetzt ist eine
besonders günstige und erfolgverheißende Zeit für diese Tätig-
keit. Eine jeder seine Pflicht, den Gegnern zum Trug, dem
kämpfenden Proletariat zu Ruh.

Stadttheater.
Sonntag, 20. Februar 1909,
abends 7 1/2 Uhr:
Vorstellung zu kleinen Preisen.
Die Elise vom Erlenhof.
Sonntag, 21. Februar, abends 7 Uhr:
Die Geyer-Wally.
Mittwoch, 24. Februar: Gastspiel des
Ballett-Ensembles Excelsior.

Royal-Biograph
im Saale des Herrn Chr. Sittig,
Detmolderstr. 63.
Sonntag, den 20. Februar,
abends 8 1/2 Uhr:
Große
Eröffnungs-Vorstellung.
Einzig dastehende
kinematographische Schauspiel.
Das Programm enthält Schöner
erster und weiterer Natur.

Sonntag, den 21. Februar,
nachmittags 4 Uhr:
Familien- und Kinder-
Vorstellung.
Abends 8 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung
mit Extra-Einlagen.
Dauer der Vorstellung circa
2 Stunden.
Preis der Plätze:
I. Platz 40 Pf., II. Platz 30 Pf.,
III. Platz 20 Pf.
Kinder auf allen Plätzen die Hälfte.
Es laßt ergeben ein
10000
Die Direktion.

General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Jahres-Abrechnung.
2. Vorber-berath.
3. Festsetzung der Pr. f. f.
4. Bericht des Vorstands.
Der Vorstand.

Schleifer
zum sofortigen Eintritt
gesucht.
10 tüchtige Schleifer, welche
auf Entlassungen gearbeitet haben,
lohnende Arbeit, dauernde
Beschäftigung.
Metallwaren-Fabrik Ideal
G. m. b. H., Opladen (Rhd.).

Metallwaren-Fabrik Ideal
G. m. b. H., Opladen (Rhd.).
In der Buchhandlung Volkswacht
ist zu haben:
„Morgenrot“, Soziald. Fest u.
Feitgedichte. Von F. Stern.
152 Seiten. Preis 50 S.
Porto 10 S.
Sozialdemokratisches Lieder-
buch. Von Max Regel.
Preis 40 S., Porto 5 S.
Der Deklamator und Complet-
fänger. Preis 50 S., Porto
5 S.

Trinkt
Aha's Excelsior!

Knorr's
Haferflocken
bestes Rohmaterial und sorgfältige
Fabrikation bedingen die wertvollen
Eigenschaften von Knorr's Hafer-
flocken als leicht verdauliche, nahr-
hafte und bekömmliche Speise.
Für Kindernahrung empfehlen
viele Aerzte Knorr's Hafermehl.

Bekanntmachung.
Die bei den Mitgliedern der Bangewerke-Zinnung
(Zinnung) für den Stadt- und Landkreis Vielefeld be-
stehenden vollfähigen Gesellen (Maurer, Zimmerer, Stein-
bauer und Studenbauer) werden hiermit zur Wahl des Gesellen-
Ausgusses auf Sonntag, den 20. Februar, abends 7 Uhr,
im Saale des alten Rathauses zu Vielefeld eingeladen.
Im Aufschluß hieran findet um 7 1/2 Uhr die Wahl der
Beisitzer zum Innungs-Schiedsgericht statt, wozu auch die
Baughilfsarbeiter eingeladen sind.

Der Altgefelle.
fertig schnell und sauber an
Baugeräthe, „Volkswacht“.

Freih. Berkhoff
im Alter von 52 Jahren.
— Wir werden sein Andenken in Ehren halten! —
Seine Mitarbeiter der Firma Wittenstein.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr,
vom Trauerhause, Friedrichstraße 53, aus statt. (1012)

Kleine Anzeigen-Gef.
Jedes Wort kostet nur 2 Pf., in
der letzten Ueberschrift 10 Pf.
Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Kleiderchränke
von 25 Mk. Vertheilen 15 Mk.
Tische 5 Mk. an. Nur Lager, kein
Laden, daher billiger als jede Kon-
furrenz. Brunnenstraße 12 a, 2 Min.
vom Stadttheater. 949

Herde,
Defen und Haushaltungsgegenstände
in großer Auswahl, auch bei Teil-
zahlungen, empfiehlt C. Bratenmeier
Rothstraße 72, gegenüber der
Schule. 570

Begen
Umzug glücklicher Ausverkauf fami-
liärer Schatzkammern zu Preisen, die
alles heiter Gebotene übertreffen.
Gummis- und Winterstühle zur Hälfte
des realen Wertes. Heim. Meyer,
Rothstraße 26. 573

Grüne
Herings, 2 Pfd. 25 Pf., wieder da.
Kronstein, Reichstr. 60. 977

Reform-Butter!
Allerfeinste Pflanzen-Butter-Marga-
rine, Bfd. nur 90 Pf., Kaufhaus
Wirths, Kronstraße 28. 993

Mezzina!
Waggon spanische Apfelsinen trifft
morgen ein. 4 Stück 10 Pf., 100
Stück 2,30. Gille. 995

Dradwede!
Empfiehlt mein neu eingekauftes
Freizeit-Ischit gegenüber dem Stanz-
werk zur freundschaftlichen Benutzung
Freih. Berkhoff, Freizeit.

Halte
den geachteten Bewohnern von Siefer
und Umgebung mein Sarg-Magazin,
sämtliche Bedarfsartikel bei Sterbe-
fällen, sowie meinen modern aus-
gestatteten Leichen-Wagen bestens
empfehlen. Adolf Hey, Siefer, bei
Eggen III. 996

Preis-Stat! 1901*
Sonntag, 20. Februar, abends
8 1/2 Uhr, bei Brachfel, Hallerweg 105.

Preis-Stat!
Sonntag, 20. Februar, abends
9 Uhr, bei Heinrich Kaiser, „Hammer
Mühle“, Mühlentstraße. 986

Bettbette,
zweischläfig mit Kissen 5,00, 6,00,
7,00 Mk. bei F. Mertens. 115

Betttücher.
Partie Barchentbetücher, 150/200,
gute Qualität, solange Vorrat reicht.
Stück 1,00 Mk. bei F. Mertens. 16

Bettdecken,
weiß und creme, feinste Qualität, für
3,00, 4,00, 5,00, 6,00, 10,00 Mk.,
empfiehlt F. Mertens. 17

Steyppdecken,
Rafschinen- und Baumwolle, 3,00,
4,00, 6,00, 8,00, 10,00, 15,00 Mk.,
bei F. Mertens. 18

Neppel,
20 000 Pfd., lagern tadelloß in den
Obstkellern der Verkaufsstelle. Ver-
kauf von 10 Pf. an. Gille. 996

Frische Eier 997*
jezt billig, Pfd. 70 Pf., Gille.

Maskenkostüme
für Dame und Herr zu verkaufen.
Dr. Kurfürststr. 57 I. 436

Gehilfin
u. Lehrling für Damenkleider-
geschäft. Luise Verfürther, Mühl-
straße 41. 998

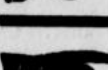
Wohnung
von 3 Räumen mit Stall und Land
zum 1. April zu vermieten. Osburg,
561 Siefer 219. 999

Für Konfirmanden

liegen grosse Posten

schwarze und farbige Kleiderstoffe

aussergewöhnlich billig zum Verkauf aus.

	Kleid 6 Meter	Cheviot	zu 5.10
	Kleid 6 Meter	Diagonal	zu 5.70
	Kleid 6 Meter	Diagonal-Cheviot, reine Wolle	zu 6.60
	Kleid 6 Meter	Crepe	zu 6.90
	Kleid 6 Meter	Chevron reine Woll	zu 7.80

	Kleid 6 Meter	prima Kammgarn- Cheviot, reine Wolle	zu 8.10
	Kleid 6 Meter	Cheviot, reine Wolle in gestreift u. kariert	zu 8.70
	Kleid 6 Meter	Satintuch	zu 9.00
	Kleid 6 Meter	Rips-Mohair	zu 9.60
	Kleid 6 Meter	110 cm br. Diagonals u. Satintuche	zu 11.40

Blusen- und Kostümstoffe in grosser Auswahl **enorm billig.**
Reinw. Flanelle uni u. gestreift zu **85, 1.00, 1.20, 1.35, 1.65.**

Bielefeld,
Obernstr. 35.

Heinr. Hirz

Gegenüber der
kath. Kirche.

Konkurs-Waren-Lager in Haushalt- u. Geschenk-Artikel und Spielwaren.

Bahnhostrasse 19.

Max Langendorf.

Steinstrasse 3/5.

Die Gesamtlager müssen nunmehr **schleunigst** ausverkauft werden, da am **1. April** das Lokal **Bahnhostrasse 19** geräumt sein muss. Die Preise sind so billig, dass jedermann beim Einkauf seinen Vorteil hat. — Die gesamte Ladeneinrichtung, **Tische, Lampen, Firmenschilder etc.** sind sehr billig zu haben.

Konkurs. Max Langendorf. Bahnhofstr. 19. Steinstr. 3/5.

Obernstr. 51 **Ada Nolte** Obernstr. 51
empfiehlt
Herren-Büschel,
Herren-Unterzeuge,
Herren-Socken,
Krawatten,
Hosenträger,
Sandschuhe
zu billigsten Preisen.

Deutscher Textilarbeiter-Verband
Filiale Bielefeld.
Sonabend, den 20. Februar,
in den Räumen des Herrn Fr. Risch, Kurfürstenstrasse:
Kappenfest,
verbunden mit humoristischen Einlagen. Anfang 8 Uhr abends. Eintritt
für Herren 40 Pf., Damen 30 Pf.
Es ladet freundlichst ein
Der Festauschuß.

Betten

in nur bester Qualität
liefern zu den
billigsten Preisen

Gebr. Gottschalk,
Bielefeld, Niedernstr. 29/31.

Auf zum „Westfälischen Hof“.
Am Sonnabend und Sonntag:
Grosses Bockbierfest
verbunden mit
Streich-Konzert.

Entree frei. Es ladet freundlichst ein

Freie Turnerschaft Bielefeld.

Sonnabend, den 20. Februar:

Großer Wiener
Preis-
Maskenball

in den närrisch decorierten Lokalitäten des Herrn H. Lohmann, Schildescherstrasse 47.
Anfang 8 Uhr 31 1/2 Min. — Ende wenns vorbei ist.
Es gelangen 12 wertvolle Preise zur Verteilung.
Hierzu ladet freundlichst ein
Der Festleiter.

Restaurant zum „Kaiser Friedrich“.
Sonnabend, 20. und Sonntag, 21. Februar:

Gr. Bockbier-Fest.

Hierzu ladet ergebenst ein

Hermann Husemann,
Göbenstrasse 41.

P. P.
Hierdurch erlaube ich mir dem verehrten Publikum anzuzeigen,
dass ich das
Friseur-Geschäft
des Herrn Karl Janowski, Kaiserstrasse, gegenüber der Paulus-
Kirche, käuflich erworben habe.
Es wird mein eifriges Bestreben sein, durch streng reelle
und saubere Bedienung mir das Wohlwollen meiner verehrten
Kundschaft zu erwerben und zu erhalten.
Hochachtungsvoll Friedr. Schulte.

Graubrot
helles, 8 Pfd. 1 Mt.,
feinste Brötchen
sowie alles andere Backwerk in bester Qualität,
Spezialität: Zwiebäcke,
ff. Kinder-Nährzwieback (rundes Format)

empfiehlt
Karl Pörschke
Bürgerweg.

Die Befichtigung meiner Betriebsräume wird gern gestattet.

Persil
Das vollkommenste selbsttätige
Waschmittel
von unerreichter Wirkung. Pakete à 35 u. 65 Pf.
Lesen Sie in Ihrem Interesse die nächste Anzeige.

Frauen! Berücksichtigt bei Eueren Einkäufen
die Interessen der „Vollwacht“.

Nr. 42.

Deutsch

210. Sitzung vom Don
Am Bundesratssitz: d
Die erste Beratung de
des Bankegesetzes m
Abg. Staeupf (fr. 2
nicht die Reichsbank sch
politisch. (Sehr richtig! bei
Haarlichen, davon kann
liegende Entwurf in ei
längerung des Reichsbank
und Verbesserung unterer
Reichsbankpräsident H
bei seiner letzten Ausprä
nung der Reichsbank au
Abg. Frank (Soz.): i
glied der Bankquellkom
hindert worden, zu sprech
Kommission nicht angehört
zu würdigen, da sie sich
verständigen berufen, die
Heimstätterei ist sehr una
belt es sich doch sicher ni
mancher Seite aber auch
in unser Bankwesen hine
schaden. (Sehr richtig! b
Bedeutung ist nicht
Vorschlag eines Aufsicht
Banken über das Niveau
und eine große
haben. In Amerika hat
dinge große Bankfrache de
es ist gut, vorzubeugen. (L
lung des Depositionswesen
bertrag. Offenbar in einer
mit der Reichsbank, welche
Monate ihre Bilanzen zu
Seiterkeit bei den Soz.)
Die Goldfrage wird i
schäft. Entscheidend für
den Distorsion ist nicht
nationalen Verhältnisse i
Bilanz eine ungünstige ist
politisch schuld. (Beifall bei
Redner wendet sich zu
Reichsbank kommen auch
weg. Es sind durchaus i
und wir zweifeln nicht d
Parlament und der Opf
kanzler dieser Tage wieder
prebig hat, die Anteilseig
des Vaterlandes Opfer da
einer der Herren, Komme
menschen empfunden hat
Anteile der Reichsbank es
(Bursi bei den Soz.: Dem
und bereit, dem Geist de
Der Gewinn sollte auf bi
schränkt werden. Das w
jährlich einbringen. Alle
mit dem Grundfah des
gibt auch Mühe. (Große
Redner wendet sich geg
(Zwischenruf des Abg. v.
scheidung?) Vergesellschaft
Die die Reichsbank ver
andere damit, als sie zu
Bauern herabzudrücken.
In der heutigen Debatte
der der Reichsbankpräsi
Vrendt und Streib zurück
Kommissionsvorlage könne
an der Kommissionsberatun
Abg. Raab (W. Bg.
Reichsbank könne eine R

Olin

Von G H
Aus dem Englische

54
Seinem vorsichtigen Bl
anzubalten, bis nach dem G
dem beginnenden Gedräng
scharfsinnig schloß, daß Lo
schaute nun einen Augenbli
ken und also am meisten
Johns Road ein und be
obsturer schmüßiger Straß
Lane und Smithfield, eine
trotz der allgemeinen Fort
gen absehbare geblickte i
Noch schaute fortwähren
es sich bei seinen Zwecken
stand endlich vor dem eler
hätte, und erklärte, hier f
„Gib mir nun das Bi
abnehmend, „und sprich n
Wie nennt sich das Haus?
„Krüppel“, fiel Charlo
„Drei Krüppel — ein
„Galt dich dich hinter mir
Er stieß die gebrechliche
gingen hinein. Im Schen
Menich, ein Jude, der in
Er hatte Noah und No
„Sind dies die drei Kr
„So nennt sich das So
hat“, fuhr Noah, Charlotte
merktam auf seine List zu u
vielleicht um sie zu erim
machten hier übernachtet.
„Ich weiß nicht, ob es
er war der dienende Geist
„Bringt uns unterdes
Mund voll kaltes Fleisch
Barney führte die mü
brachte ihnen die geforderte
mit, daß sie über Nacht b
würbige Mädchen allein. —
führte hatte, befand sich u
und lag einige Fuß niedrig
von einem Diminutivfant
Vorhang zurückschob, ohne
hören konnte, was die G

2. Beilage zur Volkswacht.

Mr. 42.

Vielefeld, Freitag, 19. Februar 1909.

20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

210. Sitzung vom Donnerstag, 18. Febr., nachm. 2 Uhr.
Am Bundesratssitz: v. Bethmann-Hollweg.
Die erste Beratung des Gesetzesentwurfs zur Änderung des Bankgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. v. A. (fr. Bp.): Am Ende unseres Kredits ist nicht die Reichsbank schuld, sondern unsere falsche Finanzpolitik. (Sehr richtig! bei den Freis.) Die Reichsbank zu verstaatlichen, davon kann gar nicht die Rede sein. Der vorliegende Entwurf ist eine geeignete Grundlage zur Verlängerung des Bankprivilegs und zur Aufrechterhaltung und Verbesserung unserer Goldwährung.

Reichsbankpräsident v. Havenstein spricht sich, inwiefern man bei seiner leichten Ausdrucksweise verstehen kann, gegen Verstaatlichung der Reichsbank aus.

Abg. v. A. (Soz.): Leider ist der Abg. Singer, der Mitglied der Bankkommission war, im letzten Moment verhindert worden, zu sprechen, und für ein Mitglied, das der Kommission nicht angehört, ist es sehr schwierig, die Protokolle zu würdigen, da sie sich beständig auf Gutachten von Sachverständigen berufen, die uns geheimgehalten sind. Diese Geheimnistuerei ist sehr unangebracht, um Staatsgeheimnisse handelt es sich doch nicht dabei. Wenn die berühmte, auf mancher Seite aber auch gefürchtete Sonne des Journalismus in unser Bankwesen hineinkommt, so wird das gewiss nichts schaden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Beachtenswert ist fernerlich der in der Kommission gemachte Vorschlag eines Ausschusses für Banken, da unsere Großbanken über das Niveau der Privatbank hinausgewachsen sind und eine große volkswirtschaftliche Tragweite erlangt haben. In Amerika hat sich die Bankaufsicht bewährt. Allerdings große Bankfranchise hat es bei uns noch nicht gegeben, aber es ist gut, vorzubeugen. (Zustimmung bei den Soz.) Die Regelung des Depositionswesens hat man in der Bankkommission vertagt. Offenbar in einem Anfall von Rührung über den Geldmarkt der Großbanken, welche sich bereit erklärt haben, alle zwei Monate ihre Bilanzen zu veröffentlichen. (Sehr gut! und Zustimmung bei den Soz.)

Die Goldfrage wird in ihrer Bedeutung gemeinhin überschätzt. Entscheidend für die wirtschaftlichen Verhältnisse und den Disziplin ist nicht die Goldpolitik, sondern die internationalen Verhältnisse sind das Entscheidende. Wenn unsere Bilanz eine ungünstige ist, so ist daran unsere verkehrte Finanzpolitik schuld. (Beifall bei den Soz.)

Rebner wendet sich zur Vorlage. Die Anteilseigner der Reichsbank kommen auch nach der Vorlage immer noch zu gut weg. Es sind durchaus hohe und auch durchlauchtige Herren, und wir zweifeln nicht daran, daß bei den Grundbänken der Sparbank und der Sparbank, wie sie der Herr Reichsbankpräsident dieser Tage wieder so eindringlich tauben Ohren gepredigt hat, die Anteilseigner bereit sein werden, auf dem Altar des Vaterlandes Opfer darzubringen. In der Kommission hat einer der Herren, Kommerzienrat Fischer, erklärt, daß er Gewissensbisse empfinden hat, bei einem so sicheren Papier wie die Anteile der Reichsbank es sind, 9 bis 10 Prozent einzufrieren. (Zuruf bei den Soz.: Dem Mann kann geholfen werden!) Wir sind bereit, dem Geist der Opferwilligkeit zuzustimmen. Der Gewinn sollte auf die Höhe des gesetzlichen Zinsfußes beschränkt werden. Das würde dem Reiche 4 bis 5 Millionen jährlich einbringen. Allerdings nicht viel, aber ich halte es mit dem Grundgesetz des Herrn v. Wangenheim: Kleinvieh gibt auch Mist. (Große Heiterkeit.)

Rebner wendet sich gegen den Gedanken der Verstaatlichung. (Zuruf bei den Soz.: Wo bleibt die Vergeßlichkeit?) Vergeßlichkeit ist nicht, was Sie wollen. Wenn Sie die Reichsbank verstaatlichen, so bezwecken Sie nichts anderes damit, als sie zu einem Kreditinstitut für Junker und Bauern herabzubringen. (Lebhaftige Zustimmung bei den Soz.) In der heutigen Debatte war erfindlich die elegante Form, in der der Reichsbankpräsident die Liebeserklärung des Herrn v. A. und Krebs zurückgewiesen hat. Den Grundbänken der Bankkommission vorzulegen können wir zustimmen, und werden uns an der Kommissionsberatung beteiligen. (Bravo! bei den Soz.) Abg. v. A. (W. Bp.): Die Furcht des Vorredners, die Reichsbank könne eine Kreditanstalt für Junker werden, ist

unangebracht. Augenblicklich legt sie eher eine gewisse Sympathie für Junker neuer Art an den Tag, für die ja Herr v. A. naturgemäß eine starke Zuneigung empfinden mag. (Beifall bei den Antif., Lachen bei den Soz., Rufe: Arent! Heiterkeit.) Rebner befragt mit Dr. Arent: Das Ende des Bimetallismus und will auf Einzelheiten im Bewußtsein mangelnder Sachkenntnis nicht eingehen. Rebner schließt sich dem Antrag auf Kommissionsberatung an, obwohl er durch Kommissionsarbeiten schon so abgebeht sei, daß er kaum noch ein vernünftiges Wort reden könne. Mögen die National-liberalen ihren Nationalismus, zu dem sie jetzt glücklicherweise gelangt sind, durch Stärkung des nationalen Geldmarktes beweisen.

Abg. v. A. (fr. Bp.): Herr v. A. scheint etwas aus den Verhandlungen der Bankkommission gelernt zu haben. Von Herrn v. A. kann man das leider nicht behaupten. (Große Heiterkeit und Zustimmung links.)

Wir freuen uns, daß der jetzige Bankpräsident gleich seinem Vorgänger, der jetzt in den verdienten Ruhestand getreten ist, (Abg. Dr. Arent: Sehr verdient!) an der Goldwährung festhält. (Sehr richtig! links.) Sie auf der Rechten wollen die Reichsbank zu einem Kreditinstitut machen, wir wollen, daß sie ein Regulator unseres Geldmarktes sei. Kredit ist ja allerdings eine schöne Sache für die, die kein Geld haben. (Große Heiterkeit.) Das Kreditinstitut, den Diskont niedrig zu halten, wenn die Markterhältnisse ihn hoch treiben, dürfte selbst Herr Arent nicht fertig bringen. Die Reben, die Herr Arent hier seit 10 Jahren gegen die jetzige Organisation der Reichsbank hält, werden wir auch in Zukunft zu ertragen wissen. (Heiterkeit und Zustimmung auf verschiedenen Seiten.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. v. D. j. m. b. o. s. i. (Pole), Freiherr v. v. G. m. p. (Pp.) und Werner (Antif.) schließt die Diskussion. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. v. A. (Soz.): Der Abg. v. A. sprach von meiner Zuneigung für die neuen Junker. Ich weiß nicht, was er darunter versteht. Wahrscheinlich hat er damit nicht den Freiherrn v. G. gemeint. (Stürmische Heiterkeit links.) Ich glaube vielmehr, er hat jagen wollen, ich, als jüdischer Abgeordneter, hätte eine Vorliebe für die jüdischen Herren der Hochfinanz. Der Antisemit traut sich ja heute in der Zeit des Blods das Wort „Jude“ nicht mehr auszusprechen. (Stürmische Heiterkeit.)

Präsident Graf Stolberg: Das ist nicht mehr persönlich!

Abg. Dr. v. A. (Soz.): Ich weise also den gegen mich erhobenen Vorwurf (Heiterkeit), ich hätte für die jüdischen Herren von der Hochfinanz Sympathie in dem Sinne, daß ich mich dadurch in meiner jüdischen Stellung beeinflussen lasse, mit Entschiedenheit zurück. (Bravo! links.) Ein solcher Vorwurf ist umso weniger angebracht, vonseiten eines Herrn, der den jüdischen Herrn v. A. angeht. (Stürmische Heiterkeit und sehr gut! links.)

Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß der Sonnabend sitzungsfrei sein soll, um der Budgetkommission für ihre Beratungen Zeit zu geben.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr.
Antrag v. A. betreffend Regelung der Rechtsverhältnisse der ländlichen Arbeiter.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Parteinachrichten.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter des niederrheinischen Agitationsbezirks tagte am vergangenen Sonntag in Eberfeld. Nachdem in einer Anzahl Landgemeinden Genossen als Vertreter gewählt worden, machte sich eine gewisse Unsicherheit in der Auslegung des sozialdemokratischen Kommunalprogramms bemerkbar. Nach einer ausgiebigen Diskussion wurde beschlossen, daß die sozialdemokratischen Gemeindevertreter in den Kommunalverwaltungen Anträge auf Änderungen der Städte- bzw. Gemeindeordnung einzubringen haben, die dann an den Landtag weiter zu geben sind. Weiter wurde folgende Resolution angenommen: „Die sozialdemokratischen Gemeindevertreterkonferenz für den Niederrhein weist rüchrichtig die von dem Genossen Schiller-Kühn in

der „Neuen Zeit“ aufgestellte Forderung auf Freiheit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter zurück, je nach Gutdünken für indirekte Steuern in der Gemeinde stimmen zu können. Die Konferenz findet es unangebracht, daß ein Sozialdemokrat nach dem mit durchschlagenden Gründen vertriebenen Erwiderungen seiner Gegner in der „Neuen Zeit“ den Mut findet, von der Gesamtpartei zu verlangen, sie solle sich an der bürgerlichen Agitation für die Außerkräftigung des § 13 des Kommunalgesetzes beteiligen, weil nach diesem Paragraphen die Gemeinden vom 1. April 1910 ab keine Abgaben auf landwirtschaftliche Produkte mehr erheben dürfen.“ Beachtlich war die Konferenz von 76 Delegierten, im Bezirk sind 131 sozialdemokratische Stadtverordnete und Gemeindevertreter vorhanden.

Aus den Organisationen. Der sozialdemokratische Vere in Breslau kann in seinem hohen zur Veröffentlichung gelangenden Jahresbericht von ganz erfreulichen Fortschritten melden. Während die Mitgliederzahl des Vereins 1900 erst 891 betrug, stieg sie 1901 auf 1310, 1903 auf 1840, 1904 auf 2260, 1905 auf 4273, 1906 auf 7437. Dann wurden 1500 Mitglieder an den Landtag, der sich selbständig machte, abgetreten, so daß für 1907 6049 Mitglieder verblieben. Im Jahre 1908 kamen trotz Kriege und anarchistischer Agitation, trotz scharfer Verfolgungen und polizeilicher Nadelstiche 400 neue Mitglieder hinzu! Entsprechend diesen Fortschritten gestalteten sich die Ergebnisse bei den Landtags- und Stadtverordnetenwahlen, sowie bei den Straßenwahlen und sonstigen Wahlrechtsabstimmungen. Bei den Landtagswahlen gewannen unsere Genossen 330 Wahlmänner (gegen 222 bei der vorigen Wahl) und eine Stimmenzunahme von rund 100 Prozent. Die Zahl der abgegebenen sozialistischen Stimmen stieg von 8167 auf 16375! Trotzdem wurden leider infolge des freisinnigen Verfalls der Konservativ-Linken gewählt. Auch die Stadtverordnetenwahlen brachten unseren Genossen 2000 neue Streiter und vier neue Mandate, so daß unsere Fraktion im Ratshaus jetzt sechs Köpfe zählt. — Der Bericht konstatiert, daß auch unter dem neuen Vereinsgesetz die polizeilichen Nadelstiche noch nicht aufhören. — Der Klassenbericht trägt allerdings die Spuren der Kriege. Es gingen, da es zeitweise über 10 000 Arbeitslose in Breslau gab, Tausende von Beiträgen weniger ein. Die Einnahmen aus Beiträgen betrugen insgesamt 17 708,50 M., aus Versammlungen 777,06 M., aus Veranstaltungen des Bildungsausschusses 1311,50 M., insgesamt 21 376,36 M. Die Ausgaben betrugen 19 971,04 M., wovon 3436,80 M. an den Parteivorstand abgeschickt, 1119,45 M. für Flugblätter usw. ausgegeben und 824,73 M. als Zuschuß für die Landtagswahlen ausgegeben wurden.

Gewerkschaftsbewegung.

Einen bösen Reizfall erlitten die Christlichen bei der Gewerkschaftswahl zur Schloßerinnung in Straßburg i. E. Von 49 abgegebenen Stimmen erhielten sie für die definitiven Mitglieder ganze sieben, die übrigen erhielten die Kandidaten des freien Metallarbeiterverbandes.

Wohlfahrtsfrage im Glasbrennerei-Bezirk. Die bei Düsseldorf belegene Geresheimer Glasbrennerei (die „größte Glasbrennerei der Welt“) hat durch Anschlag bekannt gemacht, daß ab 12. März d. J. die Löhne der Arbeiter um 5 Pfg. pro Stunden und um die Löhne der Arbeiter um 25 Pfg. pro Schicht „ermäßigt“ werden. Doch soll dies kein Lohnausfall sein, vielmehr werde jedem Arbeitnehmer der in Betracht kommende Betrag nebst Zinsen in einem Sparkastenbuch — „Kontobuch“ heißt es offiziell — jährlich gutgeschrieben. Aus diesem „Sparkastenbuch“ sollen an die Arbeiter in Uebereinstimmung mit dem Arbeiterausschuß Anzahlungen in Höhe von 2 M. bezw. 3 M. pro Tag geleistet werden, wenn durch Betriebsveränderung länger als eine bzw. sechs Wochen zu feiern gezwungen wird. In Krankheitsfällen, die länger als 13 bzw. 26 Wochen dauern, soll der erkrankte Arbeiter Zuschüsse in Höhe des einfachen bzw. doppelten Krankengeldes erhalten, ebenso bei eintretender Invalidität „einen Betrag in Höhe der vollen Rente“, bei vollständiger Arbeitsunfähigkeit den restierenden Betrag. Wenn der Kontoinhaber das 50. Lebensjahr erreicht hat, bekommt er die Hälfte seines „Kontos“, nach vollendetem 55. Lebensjahre den Rest. Wer den Betrieb in Geresheim verläßt, erhält den Betrag unter den zuletzt genannten Bedingungen, also nach vollendetem 50. bzw. 55. Lebensjahre. Wird der

Oliwer Twist.

Von Charles Dickens.
Aus dem Englischen von Julius Seybt.

Seinem vorsichtigen Plane zufolge schritt Mr. Clappole, ohne anzuhalten, bis nach dem Engel von Fellington weiter, wo er aus dem beginnenden Gedränge der Fußgänger und Fuhrwerke sehr scharfsinnig schloß, daß London nunmehr ernstlich anfieng. Er schaute nun einen Augenblick umher, welche Straßen die belebtesten und also am meisten zu meiden schienen, lenkte in St. Johns Road ein und befand sich bald tief in dem Gewirre obskurer schmaler Straßen und Gassen zwischen Grays Inn Lane und Smithfield, einem Stadtteile mitten in London, der trotz der allgemeinen Fortschritt und ungemeiner Verschönerungen abseits geblieben ist.

Noah schaute fortwährend nach einem Gasthause aus, wie er es sich bei seinen Zwecken und seiner Lage wünschenswert dachte, stand endlich vor dem elendesten still, das er bis dahin gesehen hatte, und erklärte hier für die Nacht einkehren zu wollen.

„Gib mir nun das Bündel“, sagte er, es seiner Begleiterin abnehmend, „und sprich nicht, außer wenn du angerufen wirst. Wie nennt sich das Haus? Was steht da — der-e-i —?“

„Krüppel“, fiel Charlotte ein.

„Drei Krüppel — ein sehr guter Name“, bemerkte Noah. „Soll dich dich hinter mir — vorwärts!“

Er stieß die gebrechliche Tür mit den Schultern auf, und beide gingen hinein. Im Schenktische war niemand, als ein junger Mensch, ein Jude, der in einem schmutzigen Zeitungsbüchlein las.

Er hatte Noah und Noah hatte ihn an.

„Sind dies die drei Krüppel?“ fragte Noah.

„So nennt sich das Haus.“

„Wir tragen den Namen, der uns hierher rekommandiert hat“, fuhr Noah, Charlotte antwortend, fort, vielleicht um sie aufmerksam auf seine List zu machen, sich Achtung zu verschaffen, oder vielleicht um sie zu erinnern, ihn nicht zu verraten. „Wir möchten hier übernachten.“

„Ich weiß nicht, ob es geht an“, erwiderte Barney — denn er war der dienende Geist dieses Hauses — „will aber anfragen.“

„Bringt uns unterdes in die Gaststube und gebt uns einen Mund voll kaltes Fleisch und einen Schluck Bier“, sagte Noah.

Barney führte die müden Reisenden in ein Hinterzimmer, brachte ihnen die geforderten Erfrischungen, teilte ihnen zugleich mit, daß sie über Nacht bleiben könnten, und ließ das liebenswürdige Mädchen allein. — Das Zimmer, in welches er sie geführt hatte, befand sich unmittelbar hinter dem Schenktische und lag einige Fuß niedriger, so daß man aus jenem, wenn man von einem Diminutivversteck etwas hoch in der Wand einen Vorhang zurückschob, ohne bemerkt zu werden, genau sehen und hören konnte, was die Gäste darin vornahmen oder sprachen.

Noah und Charlotte hatten sich kaum zu ihrem Imbisse niedergelassen, als Ragin im Schenktischen erschien, um nach einem seiner jungen Jünglinge zu fragen.

„Rag!“ sagte Barney, „es sind nebenan Fremde.“

„Fremde?“ wiederholte Ragin flüsternd.

„Ja — nicht aus der Stadt, kuriose Volk; und ich müßte ihnen sehr, wenn sie nicht was wären für Euch.“

Ragin ließ sofort auf einen Stuhl und sah durch das kleine Fenster, wie Noah tapfer schmauschte und Charlotten von Zeit zu Zeit homöopathische Dosen austeilte.

„Rag!“ flüsterte Ragin, zu Barney sich umdrehend, „die Miene des Jünglings könnte gefallen mir. Er würde uns sein können nützlich, denn er versteht sich schon, zu führen die Dine.“

Sei stiller als eine Maus, mein Lieber, daß ich sie höre sprechen.“

Er schaute abermals durch das kleine Fenster, und zwar mit einem Gesichte, das einem alten Geispen angehört haben könnte.

„Ich denke also von jetzt ab ein Gentleman zu sein“, sagte Noah, die Beine ausstreckend und ein Gespräch fortsetzend, dessen Anfang dem Juden entgangen war. „Nichts mehr von Sägen und Aufwärtens bei Herrschaften, Charlotte, sondern nunmehr wie ein Gentleman gehet; und wenn du willst, sollst du 'ne Dame werden.“

„Et, das möcht' ich freilich wohl, lieber Noah“, antwortete Charlotte; „aber es gibt nicht alle Tage Lädenaffen zu leeren und so, daß man nachher gut davonkommt.“

„Hol' der Geier alle Lädenaffen!“ rief Noah aus, „es gibt noch mehr Dinge, die geleert werden können.“

„Was meinst du denn?“ fragte Charlotte.

„Lachen, Strickbeutel, Häuer, Postkutschen, Banen“, erwiderte Mr. Clappole, dem der Mut wuchs, indem ihm der Portier zu Kopfe stieg.

„Du kannst das aber nicht alles, Noah“, sagte Charlotte.

„Ich werde mich nach Genossen umsehen, die es vermögen“, versetzte Noah. „Sie werden uns auf die eine oder andere Weise gebrauchen können. Du bist selbst ja wohl ein fünfzigjähriger Mann; denn ich hab' nie eins gesehen, das so voll ist und Trug steckt, wie du, wenn ich dir freie Hand lasse.“

„Nemine, wie du flatterst tanzt!“ rief Charlotte aus und drückte ihm einen Kuß auf den häßlichen Mund.

„Laß gut sein“, sagte Noah, mit großer Würde sich vom ihr losmachend; „sei ja nicht zu zärtlich, wenn ich böse mit dir bin.“

„Ich wollte, daß ich Gaurtman'ner Bande wäre“, hätte sie unter der Zucht und folgte ihnen allerwärts nach, ohne daß sie's selber wußte. Das war so was für mich, wenn's guten Profit abwirte; und hör', wenn's uns nur glückte, daß uns einige Gentlemen von dieser Sorte in den Ruf kamen, es war uns soviel wert, wie unsere Hanzappfundnote — besonders da wir eigentlich nicht wissen wie wir sie loswerden sollen.“

Mr. Clappole blickte bei diesen Worten mit äußerster Weisheit in den Portiertrug hinein, trat, wie Charlotte bemerkte, lässig zu und stand im Begriff, einen zweiten Zug zu tun, als

die Tür sich aufstieß und die Erscheinung eines Unbekannten ihn unterbrach. Der Unbekannte war Mr. Ragin. Er hatte seine einnehmendste Miene angenommen, näherte sich mit einer sehr tiefen Verbeugung, nahm an einem Tische dicht neben dem, an welchem das Mädchen saß, Platz und rief dem grinsenden Barney zu, ihm einen Trunk zu bringen.

„Ein angenehmer Abend, Sir, nur kühl für die Jahreszeit“, hub er lächelnd an. „Sie kommen vom Lande herein, wie ich sehe, Sir?“

„Woran sehen Sie denn das?“ fragte Noah Clappole.

„Wir haben nicht in London, soviel Staub, wie Sie mitbringen“, erwiderte der Jude, nach Noahs und Charlottens Schuhen und den Bündeln hinsehend.

„Sie sind mir ein pfiffiger Gesell“, versetzte Noah mit Lachen.

„Nur an, was er jaat, Charlotte.“

„Ei nun, mein Lieber, man muß wohl sein pfiffig in dieser Stadt“, fuhr der Jude, vertraulich flüsternd mit dem Finger an die Nase schlagend, fort. — eine Geiste, die Noah sojektiv nachahmte, doch nicht mit vollständigem Gelingen, da seine Nase nicht groß genug dazu war. Ragin schien jedoch den Versuch zu auslegen, als wenn ihm Noah vollkommen hätte beifallen wollen, und hob dem letzteren sehr freundlich den soeben von Barney freigelegten Krug zu.

„Gutes Getränk“, entgegnete Ragin. „Wer es will immer trinken, muß immer leeren etwas, eine Lädenaffe, eine Tasse, einen Strickbeutel, ein Haus, eine Postkutsche oder eine Ban.“

Mr. Clappole sank rückwärts auf seinen Stuhl und warbte sein freibewegliches und grenzenlos bestürztes Gesicht vom Juden nach Charlotten.

„Sagen Sie ohne Sorgen, meinewegen, mein Lieber“, sagte Ragin näher rühend. „Na, ha, ha! — es war ein Glück, daß niemand Sie hörte als ich zufällig — es war ein großes Glück für Sie.“

„Ich nahm's nicht heraus“, flötete Noah, die Füße nicht mehr wie ein unabhängiger Gentleman ausstreckend, sondern so tief unter den Stuhl legend, als er konnte. „Sie hat's ganz allein getan, und du hast's, Charlotte; du weißt, daß du's hast.“

„Es ist gleichviel, mein Lieber, wer es hat oder wer es tat“, fiel der Jude ein, doch nichtsdestoweniger mit Hollenangen nach dem Mädchen und den beiden Bündeln blinzelnd. „Es ist mein Geschäft auch, und Sie gefallen deswegen mir.“

„Was ist Ihr Geschäft?“ fragte Noah, sich einigermaßen wieder fassend.

„Nun, dasselbe, das anfangen haben Sie“, antwortete Ragin, „und die Wirksamkeit hier treiben es auch. Sie sind eingegangen zur rechten Tür, und hier so sicher wie in Abraham's Schoß. Es gibt kein sichereres Haus in der Stadt, als die Krüppel; das heißt, wenn ich's will, und ich habe gefakt eine Rechnung zu Ihnen und dem jungen Fräuleinzimmer. Sie wissen nun Weisheit und können sich beruhigen vollkommen.“

Noah blickte ihn trotz dieser Versicherung noch immer furcht-

gezeichneten Kommentar